

OA-Update 2023/08 | Stand: 24. Mai

Sanktionen

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

während die Regierungen der USA und von Großbritannien anlässlich des G7-Gipfels in Hiroshima am Wochenende umfangreiche neue Sanktionspakete vorlegten, ringt die EU in Brüssel derzeit noch um eine Einigung auf ein elftes Sanktionspaket. Es soll unter anderem Sanktionen gegen den Diamantenhandel sowie Maßnahmen gegen Sanktionsumgehungen enthalten. Allerdings blockieren derzeit ungewöhnlich viele EU-Länder eine Einigung. Dabei spielt auch eine eher symbolische „Schwarze Liste“ eine Rolle, auf die die ukrainische Regierung auch eine Reihe von namhaften Unternehmen aus den USA und der EU gesetzt hat, die Steuern in Russland zahlen. Ungarn verlangt vor neuen EU-Sanktionen eine Korrektur der Liste und steht dabei nicht allein. Ursprünglich geplant ist, das Paket noch im Mai zu verabschieden. Ob bis Ende der Woche der Durchbruch zu einem größeren Paket erfolgt, ist noch offen. Wir halten Sie auf dem Laufenden.



Unterdessen nimmt die Zahl der Berichte über Netzwerke zu Sanktionsumgehungen zu, die auch nach Deutschland reichen sollen. Mittlerweile ist hier ein Muster erkennbar: Zahlreiche, meist kurz nach Kriegsbeginn neu gegründete Zwischenhändler beziehen westliche Technologie und verschieben diese Güter (teilweise trotz vorliegender Endverbleibserklärungen) über Drittländer Richtung Russland. KYC – das Prinzip „Know your customer“ – ist so wichtig wie nie. Hier alle Themen in der Übersicht:

- [1. Ost-Ausschuss](#)
- [2. Deutschland](#)
- [3. Europäische Union](#)
- [4. Russland](#)
- [5. USA](#)
- [6. Weitere Länder](#)
- [7. Blick über den Tellerrand](#)
- [8. Termine](#)
- [9. Tipps&Links](#)

1. Ost-Ausschuss

Michael Harms im Deutschlandfunk

Am 19. Mai stand Ost-Ausschuss-Geschäftsführer Michael Harms im Deutschlandfunk Rede und Antwort zum Thema Sanktionsumgehung und schlug vor, Unternehmen aus Drittländern, die an Sanktionsumgehungen beteiligt sind, auf europaweite schwarze Listen zu setzen. Dies sei sinnvoller, als ganze Länder zu sanktionieren und die bürokratischen Anforderungen im Handel pauschal immer weiter auszuweiten. Das vollständige Interview finden Sie hier:

[Sanktionsumgehungen - Deutsche Firmen kennen das Risiko \(deutschlandfunk.de\)](#)

Handelsentwicklung Januar bis März 2023

Die Sanktionswirkung ist überdeutlich: Im Zeitraum Januar bis März 2023 ging der deutsche Handel mit Russland nach den durch den Ost-Ausschuss ausgewerteten Zahlen im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 75 Prozent zurück. Dabei sanken die deutschen Importe aus Russland um 86 Prozent, die Exporte nach Russland lagen um 47 Prozent unter dem Vorjahresergebnis. Im Einzelmonat März bezog Deutschland nur noch Waren im Wert von 331 Millionen Euro aus Russland, im März 2022 lag dieser Wert noch bei 4,47 Milliarden Euro (-92 Prozent). Vor allem die Sanktionen im Rohstoffsektor schlugen hier durch. Die deutschen Exporte nach Russland stiegen hingegen im Vergleich zum März 2022 leicht um 40 Millionen Euro auf 1,04 Milliarden Euro (+4 Prozent).

Hier die Tabellen mit den Handelsergebnissen aller 19 Ost-Ausschuss-Partnerländer:

[03_Deutscher Osthandel Jan-März 2023.pdf \(ost-ausschuss.de\)](#)

[03_Deutscher Osthandel März 2023.pdf \(ost-ausschuss.de\)](#)

2. Deutschland

Berichte zu Sanktionsumgehungen aus und über Deutschland

Am Beispiel der Elix-St. GmbH aus Stuttgart-Stammheim beschreibt der Spiegel in einem langen Beitrag vom 19. Mai ein Netzwerk, über das Technikteile über Kasachstan nach Russland gelangen konnten. Teilweise konnten dies deutsche Lieferanten auch mit Einholung von Endverbleibserklärungen nicht verhindern. Oft handelte es sich in der Lieferkette bei den Geschäftspartnern um Unternehmen, die kurzfristig nach Ausbruch des russischen Angriffskrieges am Frühjahr 2022 gegründet worden waren. Tenor des Berichts: Deutsche Exporteure seien in der Prüfung derartiger Geschäfte nicht akribisch genug, der deutsche Zoll und die BAFA in der Kontrolle überfordert. Ähnliche Probleme seien zudem auch in anderen EU-Ländern zu beobachten, so seien Drohnen aus den Niederlanden über Kasachstan weiter nach Russland geliefert worden. Auf die Beratung von Firmen, die Gefahr liefen, Sanktionen (unbewusst) zu unterlaufen, habe sich jetzt unter anderem ein Gründer aus Norwegen spezialisiert. Laut dem Unternehmen Corisk liefen nach Auswertung von Zolldaten 224 Firmen Gefahr, zur Sanktionsumgehung beizutragen. Davon kämen 54 aus Deutschland und 26 aus den USA.

[Russland-Sanktionen: Wie Elektroniklieferungen deutscher Firmen offenbar bei russischen Rüstungskonzernen landen - DER SPIEGEL](#) (Bezahlschranke)

Fast zeitgleich berichtet Business Insider über ein angebliches Netzwerk, das offensichtlich auf verborgenem Wege originale Porsche-, BMW- oder Mercedes-Teile aus Deutschland nach Russland schafft. Dies lief auch über ein Lagerhaus in Berlin-Tempelhof eine zentrale Rolle. Porsche habe auf die Berichte bereits mit der Gründung einer Task-Force reagiert, um die Teile-Lieferungen intern zu untersuchen.

[Trotz Sanktionen: So gelangen Teile von Porsche & Co. illegal nach Russland - Business Insider](#) (Bezahlschranke)

Logistikunternehmen aus Alzey auf neuer US-Sanktionsliste

Die USA warnen wegen einer möglichen Beteiligung an Sanktionsumgehungen u.a. auch vor einem in Deutschland ansässigen Logistikunternehmen. Das Speditionsunternehmen Belmagistralavtotrans Speditions GmbH (BMA Spedition) aus Alzey soll demnach den Versand von elektronischen Bauteilen und anderen Waren für Unternehmen der russischen Ostec-Gruppe erleichtert haben. Die Ostec-Gruppe besteht nach US-Angaben aus zwölf Unternehmen und zwei assoziierte Personen, die Quanten- und Halbleitertechnologien für russische Verteidigungsunternehmen importiert und vertreibt. Der internet-Auftritt von BMA Spedition ist inzwischen nicht mehr erreichbar. Mehr dazu im Kapitel US-Sanktionen.

Netzwerke zur Lieferung von Flugzeugteilen

Das Portal Aerotelegraph berichtet von Netzwerken, die über Grauiporte zur Versorgung der russischen Luftfahrtindustrie mit westlichen Ersatzteilen beitragen.

Das russische Rechercheportal Proekt habe diese Wege mithilfe der Datenbank Import Genius untersucht. Im analysierten Zeitraum von März bis Ende August 2022 zeigte sich: Importe aus den USA, Frankreich und Deutschland wurden ersetzt durch Einfuhren unter anderem aus China, den Vereinigten Arabischen Emiraten, Usbekistan, Tadschikistan und Kirgisistan. So lieferte etwa im Juni 2022 eine Firma namens Casper Aviation aus dem Emirat Umm al-Qaiwain an S7 Airlines für 42.000 Dollar ein elektronisches Teil für die Steuerung von Jets der Airbus-A320-Familie, hergestellt vom französischen Konzern Thales. Und für 144.600 Dollar ein Ersatzteil für die Kraftstoffzufuhr, gebaut von der Firma Woodward aus den USA.

Aeroflot kaufte im Juli neue Flugzeugreifen der Marke Michelin für 255.700 Dollar – möglich gemacht durch die Firma Arab Wadi Alrayan General Trading aus den Vereinigten Arabischen Emiraten und die russische Firma Kvant. Unter den zehn größten Lieferanten von Flugzeugteilen nach Russland in der Zeit von März bis Ende August 2022 waren demnach vier aus den Emiraten, drei aus Tadschikistan, eine aus Kirgisistan, eine aus China und eine aus Jordanien. Die Nummer eins war die Firma ATS Heavy Equipment aus Dubai mit Lieferungen im Wert von 2,6 Millionen Dollar.

Viele der Ersatzteile, die russische Airlines importieren, seien allerdings nicht neuwertig, sondern stammen aus ausgeschlachteten Fliegern in anderen Ländern. Laut Proekt hat Russland vor dem Angriffskrieg und den Sanktionen nur Teile akzeptiert, die Zertifikate aus Kanada, den USA, der EU oder von den Bermudas vorwiesen. Mittlerweile haben unter anderem auch China, der Iran, die Emirate, Indien, Usbekistan, Ägypten und Südafrika grünes Licht.

[Trotz Sanktionen: Wie russische Airlines an westliche Ersatzteile kommen - aeroTELEGRAPH](#)

G7-Erklärung von Hiroshima zu Sanktionen

Im Vorfeld hatte es Debatten über ein völliges Verbot aller Exporte nach Russland mit Ausnahme von medizinischen und anderen humanitären Gütern gegeben. Diesen Vorstoß hatten die USA gemacht. Am Ende einigten sich die G7-Staatschefs am 19. Mai im japanischen Hiroshima auf einige Maßnahmen zur Vertiefung der bestehenden Sanktionen, zudem wird ein Verbot des Diamantenhandels angestrebt. Konkret vereinbarten die Staats- und Regierungschefs hinsichtlich der Sanktionen folgendes:

- auf früheren Maßnahmen aufzubauen, um Russland weiterhin daran zu hindern, sich Vorleistungen zur Unterstützung von Sektoren zu beschaffen, die für seine militärisch-industrielle Basis von zentraler Bedeutung sind, indem die Ausfuhren kritischer Güter (Industriemaschinen, Werkzeuge, Technologie) sowie Personen und Einrichtungen, die in Schlüsselsektoren tätig sind (verarbeitendes Gewerbe, Bauwesen und Transport, Unternehmensdienstleistungen), ins Visier genommen werden.
- Verhinderung der Umgehung von Sanktionen, einschließlich der Bekämpfung von Einrichtungen, die Material an die Front transportieren.

- Verstärkte Koordinierung zur Verhinderung von und Reaktion auf Waffenlieferungen durch Dritte an Russland und weitere Maßnahmen gegen Akteure aus Drittländern, die den Krieg Russlands materiell unterstützen.
- Bemühungen, die Nutzung des internationalen Finanzsystems durch Russland weiter einzuschränken und dabei auch das Risiko der Umgehung finanzieller Maßnahmen anzugehen, u.a. indem verhindert wird, dass Zweigstellen russischer Banken in Drittländern genutzt werden, um Sanktionen zu umgehen.
- Ausbau der bestehenden Maßnahmen zur Begrenzung der Energieeinnahmen Russlands und seiner künftigen Förderkapazitäten. Die G7 setzt sich weiterhin für die Aufrechterhaltung der Preisobergrenzen für russisches Erdöl und Erdölprodukte ein und verstärkt die Bemühungen, die Umgehung dieser Obergrenzen zu verhindern und gleichzeitig Spillover-Effekte zu vermeiden und die globale Energieversorgung aufrechtzuerhalten. Die G7 einigte sich ferner darauf, die Abhängigkeit von zivilen Nukleargütern und verwandten Gütern aus Russland zu verringern und die Bemühungen fortzusetzen, Russlands Einnahmen aus Metallen wie Aluminium, Kupfer und Nickel zu reduzieren.
- eng zusammenzuarbeiten, um den Handel mit und die Verwendung von Diamanten einzuschränken, die in Russland abgebaut, verarbeitet oder hergestellt werden, und mit den wichtigsten Partnern zusammenzuarbeiten, um eine wirksame Umsetzung künftiger koordinierter restriktiver Maßnahmen zu gewährleisten, auch durch Rückverfolgungstechnologien.

[g7-2023-statement-on-ukraine.pdf \(europa.eu\)](#)

Übersicht der GTAI zu den angestrebten Maßnahmen der G7, die nicht rechtlich bindend sind, sondern auf nationaler bzw. EU-Ebene ausgearbeitet werden müssen:

[G7-Staaten verschärfen Strafmaßnahmen gegen Russland | Wirtschaftsumfeld | USA, EU, Russland | Sanktionen \(gtai.de\)](#)

Was die G7-Länder noch nach Russland exportieren

Laut einer Analyse des Atlantic Council exportieren die G7-Mitglieder einschließlich der EU derzeit noch rund 4,7 Milliarden Dollar pro Monat nach Russland, das sind fast 60 Prozent weniger, als vor dem russischen Einmarsch in die Ukraine. Damit seien bei den G7-Ländern inklusive der EU durchschnittlich Exporte im Wert von 5,7 Milliarden Dollar pro Monat weggefallen. Deutschland allein kam zuletzt auf monatliche Exporte im Wert von rund einer Milliarden Dollar nach Russland.

Die USA wollen noch weiter gehen und haben vorgeschlagen, die bestehenden sektoralen Sanktionen durch ein vollständiges Exportverbot zu ersetzen (mit Ausnahmen für Lebensmittel und medizinische Produkte). In der vorgeschlagenen Form würden damit weitere zwei Drittel der derzeitigen Ausfuhren der G7-Staaten nach Russland untersagt.

Die Durchsetzung eines solchen Embargos werde nicht einfach werden, schreibt das Atlantic Council. Nach 15 Monaten des Konflikts hätten die G7 fast alle wirtschaftlichen Maßnahmen gegen Russland umgesetzt, die innerhalb der Gruppe auf Zustimmung stießen. Die verbleibenden Optionen werden zunehmend umstritten sein und den G7-Ländern höhere Kosten für ihre Volkswirtschaften auferlegen.

Von Sanktionen betroffen waren bislang insbesondere der Handel mit kritischen Gütern wie Maschinen und mechanischen Geräten (64,6 % Rückgang der Exporte), Autos und Lastwagen (77,4 % Rückgang der Exporte) und elektrischen Maschinen (78,7 % Rückgang der Exporte). Besonders betroffen waren die Luftfahrtexporte nach den umfassenden Sanktionen und Kontrollen, die gegen Produkte der Luft- und Raumfahrtindustrie verhängt wurden. Die Exporte der G7-Staaten gingen um 98,6 Prozent zurück, was einem geschätzten Exportrückgang von 4,03 Milliarden Dollar entspricht.

Die G7-Mitglieder exportieren insbesondere noch Arzneimittel, Maschinen, Lebensmittel und Chemikalien. Die USA hätten jetzt ein vollständiges Exportverbot mit Ausnahmen vor allem für Lebensmittel und medizinische Produkte vorgeschlagen. Wird eine solche Beschränkung in der vorgeschlagenen Form umgesetzt, könnten die Ausfuhren der G7-Staaten nach Russland auf nur noch 1,5 Milliarden Dollar pro Monat sinken.

Für die USA seien die Nachteile eines Exportverbots minimal. Die monatlichen Warenexporte in Höhe von 80 Millionen Dollar, die sie weiterhin nach Russland liefern, seien für Washington ein Rundungsfehler. Für die EU und Japan, auf die 89 Prozent bzw. 7 Prozent der verbleibenden G7-Exporte nach Russland entfallen, könnte eine solche Forderung jedoch einen Schritt zu weit sein, gibt das Atlantic Council zu bedenken.

Insbesondere für viele Länder in der EU sei Russland nach wie vor ein nicht unbedeutender Exportmarkt. Acht der 27 EU-Mitgliedstaaten lieferten immer noch mehr als 1 Prozent ihrer Gesamtausfuhren nach Russland, wobei insbesondere Lettland und Litauen immer noch 9,7 Prozent bzw. 5,7 Prozent ihrer monatlichen Ausfuhren nach Russland liefern. Für Deutschland liege der Anteil bei 0,77 Prozent aller Exporte.

Ein Verbot würde zu weiteren erheblichen Anpassungen in diesen Handelsströmen führen. Für die politischen Entscheidungsträger in Brüssel sei ein Exportverbot möglicherweise unrealistisch, da viele Mitgliedstaaten Ausnahmeregelungen für ihre betroffenen Industrien fordern, wie sie es auch bei früheren Sanktionstranchen getan hätten. In Japan rühre der Widerstand aus der Befürchtung, dass Moskau Vergeltung üben und das Land von Energieimporten abschneiden könnte. Trotz eines anfänglichen Rückgangs der Importe von russischem Flüssigerdgas (LNG) unmittelbar nach der Invasion haben sich die japanischen Importe wieder erholt, wobei der Anteil des russischen LNG an den Gesamtimporten durchschnittlich 7,8 Prozent beträgt - nur ein leichter Rückgang gegenüber dem Durchschnitt von 9,1 Prozent vor der Invasion. Gegen Ende des letzten Jahres habe Tokio bereits eine Ausnahme von der Ölpreisobergrenze der G7 erwirkt, um sicherzustellen, dass Russland weiterhin eine kleine Menge Rohöl transportieren kann, die zusammen mit dem nach Japan exportierten Erdgas gefördert wird. Japan habe von allen G7-Staaten die größte Anfälligkeit für Energiesicherheit. Japans Selbstversorgungsgrad mit Primärenergie liege bei nur 11 Prozent und damit weit unter dem der USA (106 Prozent), Kanadas (179 Prozent), des Vereinigten Königreichs (75 Prozent), Frankreichs (55 Prozent) und sogar Deutschlands (35 Prozent). LNG, das 2021

rund 36 Prozent der Elektrizität des Landes lieferte, sei von entscheidender Bedeutung für die Versorgung der Unternehmen und Verbraucher mit der benötigten Energie. Die hohe Abhängigkeit Japans von externen Energielieferungen und die Angst vor russischen Gegensanktionen in diesem Bereich entschuldige jedoch nicht seine fortgesetzte Abhängigkeit von russischem LNG, schreibt das Atlantic Council. Deutschland beispielsweise sei zu Beginn des Konflikts deutlich stärker auf russisches Erdgas angewiesen gewesen, konnte seine Importe jedoch rasch reduzieren und bis September 2022 auf Null senken.

Als Reaktion auf das Zögern der EU und Japans müssten die USA möglicherweise ihre Ambitionen zurückschrauben oder Unterstützung anbieten, um die Auswirkungen eines Exportverbots auf die Volkswirtschaften der EU und Japans zu minimieren. Eine Möglichkeit wäre, die US-Export-Import-Bank zu aktivieren, um den betroffenen europäischen Unternehmen Zugang zu einer Exportkreditversicherung zu verschaffen. Die Versicherungslinie würde die Kosten kompensieren, die den europäischen Unternehmen bei der Suche nach alternativen Abnehmern entstehen. Die USA hätten bereits ähnliche Maßnahmen ergriffen, um Litauen nach plötzlichen Exportunterbrechungen zu helfen.

[What is the G7 still exporting to Russia? - Atlantic Council](#)

Deutschland und Russland - Gegenseitige Ausweisung von Diplomaten

Russland hat laut einem Bericht von Spiegel-Online Anfang Mai die Ausweisung von mehr als 20 deutschen Diplomaten verfügt. Die Sprecherin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa, bezeichnete dies als Vergeltungsmaßnahme für die „erneute massenhafte Ausweisung von Mitarbeitern der russischen diplomatischen Vertretungen in Deutschland“.

Das Auswärtige Amt in Berlin dementierte die Ausweisung nicht, bestätigte sie aber auch nicht. „Wir haben die Aussagen der Sprecherin des russischen Außenministeriums zur Kenntnis genommen“, hieß es. Die Bundesregierung und die russische Seite standen demnach in den vergangenen Wochen zu Fragen der personellen Besetzung der jeweiligen Auslandsvertretungen in Kontakt. Details wurden nicht genannt.

Allerdings wurde bestätigt, dass ein russischer Sonderflug im Zusammenhang stehe mit diesen Gesprächen. Am 22. April war eine russische Regierungsmaschine mit Sondergenehmigung von Moskau nach Berlin geflogen. Das Flugzeug vom Typ Iljuschin Il 96-300 landete am Nachmittag wieder in der russischen Hauptstadt auf dem Flughafen Wnukowo. Zur Fracht oder zu Passagieren machte man keine Angaben. Nachdem die EU im Februar 2022 die Flughäfen und den Luftraum der EU für alle russischen Luftfahrtunternehmen gesperrt hat, sind russische Maschinen selten. Auch Russland hat seinen Luftraum gesperrt für Flüge aus der EU. Ausnahmen sind aber mit Sondergenehmigungen möglich.

In Moskau warf Außenministeriumssprecherin Sacharowa der deutschen Seite vor, die Ausweisung der Diplomaten vorab an Medien durchgestochen zu haben, obwohl es

Versicherungen gegeben habe, die Sache diskret zu behandeln. Sacharowa sagte nicht, worauf und auf welches Medium sie sich konkret bezog.

Es werde eine „bedeutende Begrenzung der maximal zulässigen Zahl an Mitarbeitern der deutschen diplomatischen Vertretungen“ in Russland geben, sagte Sacharowa. Der deutsche Botschafter Géza Andreas von Geyr in Moskau sei darüber in Kenntnis gesetzt worden.

Russland hatte im April vorigen Jahres 40 deutsche Diplomaten zu „unerwünschten Personen“ erklärt und damit deren Ausweisung verfügt. Insgesamt waren damals mehr als hundert Deutsche betroffen, weil auch Familienangehörige ausreisen mussten. Allein diese Zahl vor einem Jahr entsprach etwa einem Drittel des deutschen diplomatischen Corps in Russland. Dies wiederum war eine Reaktion auf die Ausweisung von 40 russischen Diplomaten Anfang April 2022, die nach Angaben Berlins in Deutschland als mutmaßliche Spione tätig gewesen sein sollen.

[Russland kündigt Ausweisung von über 20 deutschen Diplomaten an - DER SPIEGEL](#)

Allianz gibt Mehrheitsbeteiligung in Russland ab

Am 17. Mai 2023 schloss die Allianz Gruppe laut einer eigenen Pressemitteilung den Verkauf einer Mehrheitsbeteiligung (50,1 %) an ihrem russischen Geschäftsbereich an Interholding, den Eigentümer von Zetta Strakhovanie LLC (ehemals SK Zurich), ab. Nach einem langwierigen Genehmigungsverfahren wird die Allianz die Kontrolle über ihr russisches Portfolio vollständig an die Zetta Insurance Group übertragen und ihre Beteiligung an den operativen Aktivitäten des Unternehmens einstellen.

Nach der Transaktion wird die Zetta Insurance Group die Zetta Insurance LLC, die IC Alliance JSC und die IC Alliance Life LLC vereinen, die ein umfassendes Angebot an Versicherungsdienstleistungen sowohl für Firmen- als auch für Privatkunden anbieten werden. Alle bestehenden Verträge der übernommenen Unternehmen bleiben in Kraft.

[Закрыта сделка по покупке российского подразделения Allianz компанией «Интерхолдинг»](#)

Continental verkauft Werk in Russland

Die Continental hat laut einer eigenen Pressemitteilung ihr Werk in Kaluga, Russland, an das russische Unternehmen S8 Capital verkauft. Mit diesem Schritt veräußert das Technologieunternehmen den Großteil seiner Aktivitäten in Russland als Teil des angekündigten kontrollierten Rückzugs vom russischen Markt. Diesen hatte Continental als Reaktion auf den Krieg gegen die Ukraine beschlossen. Die Transaktion ist von den zuständigen Behörden genehmigt.

Im Werk in Kaluga hat Continental Pkw-Reifen gefertigt. Darüber hinaus wurden Klima- und Servolenkungsleitungen sowie Teile für Luftfedersysteme für den russischen Markt

produziert. Teil des Verkaufs ist ebenso die Vertriebsgesellschaft des Unternehmensbereichs Tires in Moskau. Über den Kaufpreis sowie weitere Details haben die Vertragspartner Stillschweigen vereinbart.

Continental und S8 hätten demnach die Übernahme der Beschäftigten im Rahmen des Verkaufsvertrags vereinbart. Die Verantwortung für die rund 1.100 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sei stets Kernbestandteil der Überlegungen von Continental gewesen.

Continental besitzt nach eigenen Angaben weiterhin Anteile am Joint Venture mit dem Unternehmen Mettem zur Produktion von Tachographen in Tschistopol mit rund 10 Beschäftigten. Hierbei befinde sich der Verkaufsprozess in einem fortgeschrittenen Stadium. Die erforderlichen behördlichen Genehmigungen stehen noch aus.

Darüber hinaus besitze der Unternehmensbereich ContiTech noch Vertriebsbüros in Moskau mit rund 30 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Auch hier strebe Continental weiterhin einen kontrollierten Rückzug an.

[Continental verkauft Werk in Russland - Continental AG](#)

Moskau gibt Verkauf von VW-Werk frei

Nach langem Gezerre steht Volkswagen kurz davor, sein Werk im russischen Kaluga zu verkaufen. Wie in Unternehmenskreisen bestätigt wird, hat die zuständige Regierungskommission in Moskau zugestimmt, das Werk an die russische Autohandelsgruppe Aviron abzugeben. Zwar fehlen noch letzte Unterschriften, aber Wolfsburg ist zuversichtlich noch im Mai das sogenannte Closing zu schaffen, schreibt die FAZ.

In Konzernkreisen ist von einem dreistelligen Millionenbetrag die Rede, den VW für den Standort Kaluga und die übrigen Vermögenswerte der Volkswagen Group Rus bekommt. Die russische Agentur Interfax spricht von 125 Millionen Euro, wobei sich der exakte Wert schwer prüfen lässt. Dass solche Zahlen auf russischer Seite in die Welt kommen, dürfte damit zu tun haben, dass Geldflüsse dieser Größe ins Ausland durch russische Behörden freigegeben werden müssen.

Adidas wickelt Russland-Geschäft ab

Der Sportbekleidungs-Konzern Adidas ist laut CFO Harm Ohlmeyer weiterhin dabei, sein Geschäft in Russland abzuwickeln. Es habe sich nichts an den Plänen geändert, dass Adidas seinen Geschäftsbetrieb dort im Zuge des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine komplett einstellt, sagte Ohlmeyer laut Angaben von DowJones in einer Telefonkonferenz mit Analysten. Adidas habe in Russland „ziemlich bedeutende Geschäftsaktivitäten“, wie zu Beispiel ein eigenes Warenlager, viele Einzelhandelsgeschäfte sowie ein Büro mit einem langfristigen Mietvertrag. Der Konzern sei dabei, die Geschäfte zu verlagern oder unterzuvermieten, ebenso die Büroräume, und prüfe verschiedene Optionen für das

Lagerhaus. Ohlmeyer betonte, dass kein einziges Geschäft geöffnet sei, auch nicht der Online-Handel, das Lager sei wegen einiger weniger Restbestände noch in Betrieb. „Nein“, sagte er auf die Frage, ob Adidas vorhabe, in absehbarer Zeit nach Russland zurückzukehren.

Weder Glück, noch milder Winter: Deutschland konnte Ausfall russischer Energie aus eigener Kraft gut kompensieren

Wie DowJones berichtet, konnte die deutsche Wirtschaft das Ausbleiben russischer Gaslieferungen einer wissenschaftlichen Untersuchung zufolge nicht nur wegen des milden Winters gut verkraftet. „Marktwirtschaften haben eine enorme Anpassungsfähigkeit, die massiv unterschätzt wurde“, erklärte der Wirtschaftswissenschaftler Moritz Schularick nach einem Bericht der französischen Nachrichtenagentur „AFP“.

Einer gemeinsamen Untersuchung von Forschern der Universitäten Bonn und Köln, der London School of Economics und der Denkfabrik Bruegel zufolge hätte die deutsche Industrie auch einem Lieferstopp bereits ab April 2022 standhalten können. Die Forscher hatten im Frühjahr 2022 anhand eines makroökonomischen Modells berechnet, welche wirtschaftlichen Folgen ein Stopp russischer Energieimporte. Sie prognostizierten dadurch einen Verlust an Wirtschaftsleistung von bis drei Prozent verglichen mit einem Szenario fortgesetzter russischer Lieferungen. Durch die tatsächliche Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts und die ausgebliebene Rezession sieht das Team um Schularick sich nun in dieser Prognose bestätigt.

Die Industrie habe sich der Energiekrise angepasst und Gas eingespart: Während energieintensive Sektoren wie Chemie und Glas die Produktion zurückfahren, waren andere Sektoren nach offiziellen statistischen Daten kaum betroffen, erklärten sie. Neben der Anpassungsfähigkeit der Unternehmen heben die Forscher die erfolgreiche Beschaffung von Gas aus anderen Ländern auch über Flüssigerdgaslieferungen (LNG) hervor.

Die Forscher lehnen auch die Darstellung ab, dass vor allem der glückliche Umstand eines milden Winters Schlimmeres verhindert habe: „Die durchschnittliche Wintertemperatur war im Winter 2022/23 mit 2,9 Grad Celsius laut Deutschem Wetterdienst sogar leicht kälter als die Durchschnittstemperatur in den vier vorherigen Wintern.“ Vielmehr hätten sich weitere Probleme ergeben wie der Ausfall vieler französischer Atomkraftwerke und der Brand in der größten US-LNG-Anlage. „Dass Glück Deutschland durch den Winter gebracht hat, wurde in der öffentlichen Debatte erheblich überbewertet“, erklärte Schularick.

Verfahren in Berlin soll Ausgestaltung des EU-Beratungsverbots für Russland klären

Das Landgericht Berlin hat dem Europäischen Gerichtshof in der Rechtssache C-109/23 ein Vorabentscheidungsersuchen zu den Beschränkungen der EU für die Erbringung von

Rechtsdienstleistungen an in Russland ansässige Einrichtungen in Artikel 5 Absatz 2 der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 des Rates vorgelegt, dies berichtet Europeansanctions.com.

Ein deutscher Notar verweigerte die Beurkundung eines Kaufvertrags mit der Begründung, dass dieser gegen Artikel 5n Absatz 2 verstoßen könnte. Der Antrag auf Beurkundung war von zwei deutschen Staatsangehörigen und dem Verkäufer der Wohnung, die sie kaufen wollten, der in Moskau eingetragenen Visit-Moscow Ltd. gestellt worden. Nach deutschem Recht kann ein Notar die Beurkundung aus einem gesetzlich anerkannten Grund verweigern. Die Parteien beschwerten sich beim Notar, der die Angelegenheit an ein deutsches Gericht verwies.

Das Berliner Gericht verwies auf die FAQ der Europäischen Kommission, wonach es verboten ist, notarielle Dienstleistungen für die russische Regierung und für in Russland ansässige juristische Personen zu erbringen, und zwar unabhängig davon, ob der Notar eine öffentliche Aufgabe wahrnimmt oder ob die Einschaltung eines Notars für einen bestimmten Rechtsakt gesetzlich vorgeschrieben ist. Die Fragen, die der Gerichtshof dem EuGH vorgelegt hat:

Verstößt ein deutscher Notar gegen das Verbot, einer in Russland ansässigen juristischen Person unmittelbar oder mittelbar Rechtsberatungsleistungen zu erbringen, wenn er einen Vertrag über den Verkauf von Wohnungseigentum beurkundet, der zwischen dieser Person als Verkäufer und einem Staatsangehörigen eines Mitgliedstaats der Europäischen Union geschlossen wurde?

Verstößt ein Dolmetscher gegen das Verbot der unmittelbaren oder mittelbaren Rechtsberatung, wenn er für diese Beurkundung des Kaufvertrags von diesem Notar den Auftrag annimmt, den Inhalt der Beurkundung für den Vertreter der in Russland ansässigen juristischen Person zu übersetzen, der die deutsche Sprache nicht ausreichend beherrscht?

Verstößt der Notar gegen das Verbot, unmittelbar oder mittelbar Rechtsberatungsleistungen zu erbringen, wenn er den Auftrag annimmt und ausführt, gesetzlich vorgesehene notarielle Tätigkeiten zur Durchführung des Kaufvertrags auszuführen (z. B. Abwicklung der Kaufpreiszahlung über ein vom Notar geführtes Treuhandkonto, Einholung der für die Löschung von Hypotheken und anderen den Kaufgegenstand belastenden Lasten erforderlichen Unterlagen, Vorlage der für die Eintragung des Eigentumsübergangs erforderlichen Unterlagen bei der grundbuchführenden Stelle (Grundbuch))?

[showPdf.jsf \(europa.eu\)](#)

3. Europäische Union

FAZ: Schwarze Sanktionsliste der Ukraine führt zu Blockaden in Brüssel

Anfang Februar stufte die ukrainische Regierung erstmals 13 westliche Unternehmen als „internationale Unterstützer des Krieges“ ein, den Russland gegen das Land führt. Inzwischen stehen 26 Konzerne auf der schwarzen Liste, die von der Anti-Korruptionsbehörde geführt wird. Darunter sind der französische Kosmetikhersteller Yves Rocher, der amerikanische Mischwarenkonzern Procter & Gamble und die deutsche Metro-Gruppe. Sie alle sind noch in Russland tätig, zahlen dort nach Ansicht der Ukraine also auch Steuern und würden damit die Kriegsführung Russlands begünstigen. Mitunter kommen laut FAZ weitere Vorwürfe hinzu. Die Liste selbst hat vor allem symbolischen Charakter. Viele auf der Liste ausgeführte Unternehmen wie die Metro AG und die Raiffeisen International können weiter auf dem ukrainischen Markt arbeiten. Auch die Kriterien für die Auswahl der Unternehmen sind unklar, denn viele weitere westliche Unternehmen sind aus verschiedenen Gründen noch auf dem russischen Markt aktiv, weil sie in nicht-sanktionierten Branchen arbeiten, keine Käufer für ihr Russlandgeschäft finden oder die hohen Verluste durch einen Rückzug scheuen.

EU-Länder wie Griechenland und Ungarn wollen laut FAZ nicht hinnehmen, dass ihre Unternehmen als „Sponsoren des Krieges“ gegen die Ukraine gebrandmarkt werden. Der Streit führt inzwischen zu Blockaden beim angekündigten neuen Sanktionspaket gegen Russland. Jetzt solle die EU-Kommission Kiew von Änderungen überzeugen. Die Ukraine hat die ungarische Bank OTP als Kriegssponsor Russlands eingestuft. Ungarn will das nicht hinnehmen. Außenminister Szijarto drohte deshalb an, dass sein Land keine weiteren Sanktionen der EU gegen Moskau verhandeln werde. Solange Ungarns größte Bank OTP auf einer ukrainischen Liste mit Unterstützern des russischen Angriffskriegs stehe, werde die ungarische Regierung kaum neue Sanktionen verhandeln können, die weitere Opfer erforderten, ließ mitteilen. Dass die Ukraine die Bank auf die Liste gesetzt habe, sei skandalös. Diese habe gegen keinerlei Gesetze verstoßen. Die Nationale Agentur für Korruptionsprävention (NACP) der Ukraine hatte die Bank OTP Anfang Mai auf ihre Liste mit Kriegssponsoren gesetzt. Sie begründete dies damit, dass die russische OTP-Bank auch nach dem russischen Einmarsch in die Ukraine zu den führenden Banken auf dem russischen Finanzdienstleistungsmarkt gehöre. Durch die Fortführung der Finanzoperationen der russischen Einheit zeige die OTP-Gruppe eindeutig Unterstützung des Terrorismus.

[Ungarn droht mit Blockade von neuen Sanktionen der EU gegen Russland | tagesschau.de](#)

Aber auch andere Staaten sind über das Vorgehen der ukrainischen Regierung verschnupft, wie sich am 22. Mai beim Treffen der EU-Außenminister zeigte. Er verstehe ja, wie emotional die ukrainischen Freunde reagierten, sagte der österreichische Chefdiplomat Alex-ander Schallenberg. „Aber einzelne Unternehmen herauszugreifen und andere nicht, ist, glaube ich, nicht der richtige Weg.“

Auch Griechenland habe intern schon gegen die schwarze Liste protestiert. Bei Beratungen der EU-Botschafter über das elfte Sanktionspaket vorige Woche beschwerte sich der Vertreter Athens über die Aufnahme von fünf Schifffahrtsunternehmen. Der Ukraine müsse klargemacht werden, so wurden der griechische und der ungarische EU-Botschafter aus der Sitzung zitiert, dass eine Einigung auf das 11. Sanktionspaket nur möglich sei, wenn diese Unternehmen von der Liste genommen würden. Damit ist Budapest in dieser Frage keineswegs allein. Ungarn lehne es obendrein ab, die Europäische Friedensfazilität um 3,5 Milliarden Euro aufzustocken.

Die Außenminister berieten nach Informationen der FAZ auch über den heikelsten Punkt der geplanten Russland-Sanktionen: die Ausweitung auf Drittstaaten. Die Kommission will ein neues Instrument schaffen, mit dem als letztes Mittel EU-Ausfuhren in solche Staaten gestoppt werden könnten, bei denen ein hohes Risiko besteht, dass sie verbotene Güter an Russland liefern. Deutschland, Frankreich und Italien sehen das kritisch, sie dringen darauf, Unternehmen statt Staaten zu listen. Allerdings verfüge die Bundesregierung dazu noch nicht über eine abgestimmte Haltung, wie der deutsche EU-Botschafter intern eingestehen musste.

Russland-Sanktionen: Vorschläge der EU-Kommission

Im Kampf gegen die Umgehung von Sanktionen gegen Russland sollen künftig auch EU-Exporte in Drittstaaten beschränkt werden können. Dies sieht laut dpa-Informationen der aktuelle Vorschlag der Europäischen Kommission für das elfte Paket mit Strafmaßnahmen wegen des Kriegs gegen die Ukraine vor.

Konkret ist den Angaben zufolge geplant, zunächst einmal als Abschreckung die rechtliche Möglichkeit zu schaffen, Exporte in Drittstaaten wegen einer mutmaßlichen Umgehung von Sanktionen einzuschränken. Wenn dies nicht ausreicht, könnten dann in einem zweiten Schritt bestimmte Ausfuhren tatsächlich unterbunden werden. Betroffen sein könnten insbesondere Güter, die sowohl zivil als auch militärisch genutzt werden können. Als Beispiele wurden Nachtsichtgeräte genannt, die von Jägern und Sicherheitsfirmen, aber auch Soldaten eingesetzt werden.

Als Länder, über die Sanktionen gegen Russland umgangen werden, gelten beispielsweise Kasachstan, Armenien und die Vereinigten Arabischen Emirate. Der Türkei wurde zuletzt von EU-Experten bescheinigt, vergleichsweise entschlossen auf Hinweise zu Sanktionsumgehungen zu reagieren.

Aus den EU-Staaten selbst dürfen schon seit Monaten viele Produkte nicht mehr nach Russland geliefert werden. Dazu zählen neben Gütern mit doppeltem Verwendungszweck wie Nachtsichtgeräten und Drohnen auch bestimmte Arten von Maschinen und Fahrzeugen oder bestimmte Computerchips.

Über den Vorschlag der Kommission unter Führung der deutschen Spitzenpolitikerin Ursula von der Leyen beraten weiterhin die Vertreter der 27 EU-Mitgliedstaaten in Brüssel beraten. Ziel ist es, das elfte Sanktionspaket noch im Mai zu beschließen. Neben dem neuen Instrument für Exportkontrollen soll es unter anderem auch Strafmaßnahmen

gegen weitere Personen und Organisationen umfassen, die den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine unterstützen. Zudem könnte die EU den Gütertransit durch Russland weiter beschränken, wie Kommissionspräsidentin von der Leyen am 15. Mai in einer Pressekonferenz andeutete. Ein Transitverbot werde ihr zufolge diskutiert, jedoch gebe es unter den Mitgliedsländern dazu keine einheitliche Position, so von der Leyen. Seit diesem Jahr gibt es ein entsprechendes Transitverbot für Dual-Use-Güter aus der EU. Wie die Financial Times berichtete, sind seit Februar 2022 zahlreiche für Kasachstan, Armenien oder Kirgisistan bestimmte Transitgüter auf ihrem Weg durch Russland „verloren gegangen“. Ihren Wert bezifferte die Wirtschaftszeitung nach einer Analyse von Handelsdaten mit 1 Mrd. Dollar.

Proteste aus China gegen mögliche Unternehmenssanktionen

Die EU-Kommission hat laut einem Bericht der «Financial Times» vorgeschlagen, in dem neuen Sanktionspaket auch Maßnahmen gegen sieben chinesische Firmen zu verhängen. Ihnen wird vorgeworfen, Ausrüstung an Russland zu liefern, die die Kriegsmaschinerie unterstützen und in Waffen eingesetzt werden könnten.

Im China-Teil sind laut «Financial Times» unter anderen der chinesische Halbleiterhersteller 3HC betroffen. Ihm wird der Versuch vorgeworfen, Exportkontrollen zu umgehen und elektronische Teile für Russlands industriellen und militärischen Komplex zu liefern. Auch wird das Unternehmen King Pai Technology genannt, das Mikroelektronik liefert. Der Bericht erwähnt auch Sinno Electronics und Sigma Technology aus der chinesischen Sonderverwaltungsregion Hongkong. Die vier Unternehmen stehen bereits auf Sanktionslisten der USA.

Mit scharfen Worten hat China die Europäische Union vor Sanktionen gegen chinesische Unternehmen wegen ihrer Geschäfte mit Russland gewarnt, berichtet die Deutsche Presse-Agentur. In einer Reaktion auf den Bericht in der “Financial Times” über die neuen Strafmaßnahmen wegen des Krieges in der Ukraine sagte der chinesische Außenamtssprecher Wang Wenbin am 8. Mai: “Das ist sehr gefährlich. Wir fordern die EU auf, nicht diesen falschen Weg einzuschlagen.” Andernfalls werde China “entschlossene Maßnahmen” ergreifen, um seine legitimen Rechte und Interessen zu schützen.

Exportverbote für Drittstaaten?

Wie die Financial Times zudem erfuhr, denkt die EU-Kommission auch über Exportverbote für ein „enges Produktspektrum“ in „einige Länder“ nach. Dies wäre eine „bedeutende Eskalation“ im Kampf gegen Sanktionsbrecher, schreibt das Blatt. Die EU habe über mehrere Monate mit diplomatischen Mitteln versucht, etwa die Türkei, die Vereinigten Arabischen Emirate und Länder in Zentralasien zu einem härteren Vorgehen gegen Russland zu bewegen. Einige EU-Mitglieder würden aber Drittländer-Sanktionen ablehnen, da sie sich um die Beziehungen zu den Staaten sorgten, so der Bericht.

Die Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen, hat bereits am 9. Mai bei ihrem Besuch in Kyjiw Einzelheiten des elften Pakets der EU-Sanktionen gegen Russland vorgestellt. Später wurden weitere Einzelheiten bekannt. Hier die diskutierten Punkte in der Kurzübersicht:

- Transitverbote für weitere Produkte, einschließlich hochentwickelter Technologieprodukte oder Flugzeugteile, die über Russland in Drittländer exportiert werden;
- ein neues Instrument zur Bekämpfung der Umgehung von Sanktionen, bei dem die Kommission den Mitgliedstaaten vorschlagen kann, die Ausfuhr bestimmter Güter zu sanktionieren, wenn diese aus der EU in Drittländer mit einem beabsichtigten Endbestimmungsort in Russland ausgeführt werden;
- ein Verbot von "Schatten"-Einrichtungen aus Russland und Drittländern, die die EU-Sanktionen absichtlich umgehen.
- Importverbot für Diamanten in die EU

[Press statement by the President with President Zelenskyy \(europa.eu\)](#)

EU-Sanktionsregelung zur Korruptionsbekämpfung

Der Hohe Vertreter der EU für Außen- und Sicherheitspolitik Josep Borrell hat nach einem Beschluss des Rates und gemeinsam mit der Europäischen Kommission einen Vorschlag für eine Verordnung zur Einführung einer strafrechtlichen Sanktionsregelung gegen Korruption vorgelegt.

In der gemeinsamen Mitteilung des Hohen Vertreters und der Kommission heißt es, dass die Regelung (sofern sie vom Rat angenommen wird) Sanktionen vorsieht, wenn Korruptionshandlungen die grundlegenden Interessen der EU und die Ziele der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik ernsthaft beeinträchtigen oder zu beeinträchtigen drohen. Bekämpft werden sollen die "passive oder aktive Bestechung" eines Amtsträgers; Veruntreuung oder Unterschlagung durch einen Amtsträger; insbesondere in einem Land, das auf der EU-Liste der steuerlich nicht kooperativen Länder steht, oder in einem Land, dessen nationale Regelungen zur Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung strategische Mängel aufweisen, die eine erhebliche Bedrohung für das Finanzsystem der EU darstellen.

Presseerklärung:

[Anti-corruption: Stronger rules to fight corruption \(europa.eu\)](#)

Dokumente:

[Register of Commission Documents - JOIN\(2023\)13 \(europa.eu\)](#)

[Strengthening EU action to prevent corruption \(europa.eu\)](#)

[Strengthening EU action to fight corruption \(europa.eu\)](#)

Gemeinsamer Vorschlag von Parlament und EU-Rat:

[Proposal for a Directive of the European Parliament and of the Council on combating corruption by criminal law en.pdf \(europa.eu\)](#)

Sanktionen: EU-Waren im Wert von einer Milliarde Dollar verschwinden in Russland

EU-Güter mit doppeltem Verwendungszweck mit einem Wert von über einer Milliarde US-Dollar, die in Russland im Transit waren, haben laut Informationen der Berliner Zeitung ihre Bestimmungsorte in Kirgisistan, Armenien und Kasachstan nicht erreicht. Darüber berichtet die britische Financial Times (FT) unter Berufung auf internationale Handelsdaten.

Wie die Zeitung schreibt, kommt ein unverhältnismäßig großer Anteil von Exporten nie in seinen Zielländern in Kasachstan, Kirgisistan und Armenien an. Nur die Hälfte der sogenannten Dual-Use-Güter im Wert von insgesamt zwei Milliarden US-Dollar soll ihre Ziele bisher erreicht haben. Angeblich hat die andere Hälfte das Transitland Russland nie verlassen.

In diesem Zusammenhang sprechen westliche Experten von „Phantomexporten“. Es wird vermutet, dass russische Militär- und Geheimdienste einen erheblichen Teil der verwendeten Exporte für ihre Zwecke verwenden werden. Darunter zählen Flugzeugkomponenten, Rundfunkausrüstung und Gasturbinen, die wiederum für den Krieg in der Ukraine genutzt werden können. Die meisten EU-Güter wurden aus dem Baltikum abgefertigt, an den Grenzen zu Belarus und Russland verließen sie den EU-Raum.

Aus dem Baltikum über Russland nach Kasachstan?

Demnach hat beispielsweise Litauen angegeben, dass es Güter im Wert von 84 Millionen US-Dollar nach Kasachstan geschickt hätte. In Kasachstan gab man seinerseits bekannt, dass man nur Güter im Wert von 11 Millionen US-Dollar erhalten habe. Die Daten berufen sich auf den Zeitraum seit Februar 2022, seit dem russischen Angriff auf die Ukraine.

[Sanktionen: EU-Waren im Wert von einer Milliarde Dollar verschwinden in Russland \(berliner-zeitung.de\)](https://www.berliner-zeitung.de/sanktionen-eu-waren-im-wert-von-einer-milliarde-dollar-verschwinden-in-russland)

EUobserver: EU will Exit aus Russland erleichtern.

Wachsende Angst, dass EU-Firmen in Russland zur Kriegsfinanzierung gezwungen werden

Die EU-Länder bereiten sich darauf vor, ihre Unternehmen bei der Ausreise aus Russland zu unterstützen, da die Gefahr wächst, dass sie zur Finanzierung des Krieges des russischen Präsidenten Wladimir Putin besteuert werden. Zu den Vorschlägen für die 11. Runde der Russland-Sanktionen, die EUobserver vorliegen, gehören neue Sondergenehmigungen für Finanztransaktionen und Rechtsdienstleistungen, die europäischen Unternehmen die Ausreise erleichtern sollen.

Seit Beginn des Krieges hat die EU das Vermögen von mehr als 1.600 russischen Personen und Organisationen eingefroren. In der 11. Runde werden etwa 100 weitere Namen hinzukommen. Der neue Vorschlag sieht vor, dass die EU-Länder Finanztransfers an

Russen, die auf der schwarzen Liste stehen, genehmigen dürfen, "wenn sie festgestellt haben, dass diese Gelder oder wirtschaftlichen Ressourcen für den Abschluss von Transaktionen, einschließlich Verkäufen, erforderlich sind, die unbedingt notwendig sind, um bis zum 31. August 2023 ein Joint Venture oder eine ähnliche rechtliche Vereinbarung zu beenden, das/die vor dem 28. Februar 2022 in Russland mit dieser natürlichen Person oder einem Unternehmen im Besitz dieser natürlichen Person gegründet wurde".

Die EU hatte auch europäischen Anwaltskanzleien verboten, kommerzielle Dienstleistungen für russische Kunden zu erbringen. Der Vorschlag der 11. Runde zielt jedoch darauf ab, auch dieses Verbot zu lockern, um dazu beizutragen, die gemeinsamen Interessen zwischen der EU und Russland in Europa zu entflechten.

“Die zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten können bis zum 31. Dezember 2023 die Erbringung von Rechtsdienstleistungen genehmigen, die für den Abschluss solcher Veräußerungen zwingend erforderlich sind, wie z. B. notarielle Dienstleistungen", heißt es in dem Vorschlag.

Mehr als 1.000 ausländische Firmen sind im vergangenen Jahr bereits aus Russland geflohen, wie aus einer von der Yale-Universität in den USA geführten und zuletzt am 16. Mai aktualisierten Liste hervorgeht. Dutzende großer Unternehmen mit Sitz in der EU sind jedoch weiterhin auf dem russischen Markt vertreten. Dazu gehören einige der größten europäischen Banken (Deutsche Bank, ING Bank, Raiffeisen Bank International, UniCredit) und Energieunternehmen (Engie, OMV und Total).

Dazu gehören auch bekannte Modemarken wie Armani, Benetton, Diesel und Lacoste. Außerdem gehören dazu: Der österreichische Energy-Drink-Hersteller Red Bull, der dänische Medizintechnikhersteller Coloplast, das niederländische Konsumgüterunternehmen Phillips und der Getränkehersteller Heineken, das estnische Taxiunternehmen Bolt, die französische Hotelkette Accor und der Kosmetikerhersteller Clarins sowie das deutsche Maschinenbauunternehmen Bosch.

In den letzten 12 Monaten war der Verbleib in Russland ein kalkuliertes Spiel zwischen Reputationsrisiko und finanzieller Belohnung. Der Aktienwert der österreichischen Raiffeisen Bank International ist seit dem Krieg um 40 Prozent gesunken, was auf den schlechten Ruf des Verbleibs im Land zurückzuführen ist. Doch gleichzeitig kletterten die Gewinne aus dem Russlandgeschäft auf einen Rekordwert von 2,2 Milliarden Euro im Jahr 2022, was mehr als 60 Prozent der Gesamtgewinne ausmacht, wie die unabhängige russische Zeitung Novaya Gazeta berichtet.

Unterdessen macht es Russland seinen alten Freunden nicht leicht, das Land zu verlassen. Strategische Unternehmen wie Banken und Energiekonzerne müssen nun eine Genehmigung der Kommission für Auslandsinvestitionen des russischen Finanzministeriums einholen, um russische Vermögenswerte zu verkaufen. Im März machte Russland die Sache noch schwieriger, indem es anordnete, dass ausländische Unternehmen eine 10-prozentige Steuer auf die verkauften Vermögenswerte zahlen müssen, wenn sie das Land verlassen. "Wir schaffen die Voraussetzungen dafür, dass ein Ausstieg für ausländische Unternehmen nicht vorteilhaft ist", sagte der russische Finanzminister Anton Siluanow damals dem Fernsehsender Russia 24.

Aber trotz alledem könnten die kommenden neuen Rechtsvorschriften den Verbleib in Russland zu einem noch größeren finanziellen und moralischen Risiko machen als bisher.

Bislang zahlten die meisten europäischen Unternehmen aufgrund günstiger Doppelbesteuerungsabkommen so gut wie keine Steuern auf ihre Gewinne in Russland. Doch ebenfalls im März schlug das Finanzministerium vor, solche Steuerabkommen mit etwa 40 "unfreundlichen" Ländern, die Sanktionen gegen Russland verhängt haben, wie die EU-27, einzufrieren.

Putin hat diesen Vorschlag noch nicht umgesetzt, aber es handelt sich um ein Präsidialdekret, das jeden Tag in Kraft treten kann. Und angesichts seiner Vorliebe für Symbolik könnte die Falle zuschnappen, nachdem die EU ihre elfte Runde von Sanktionen verhängt hat. Putin forderte seine Regierung am 2. Mai öffentlich auf, bis zum 20. Mai zu "klären", wie in Zukunft mit Dividendenzahlungen an Aktionäre aus "unfreundlichen" Ländern verfahren werden soll.

Einer russischen Quelle zufolge, die aufgrund der Sensibilität der Informationen nicht genannt werden möchte, könnten die neuen Regeln dazu führen, dass auf die russischen Gewinne von EU-Firmen wie Armani, Clarins, Raiffeisen und anderen, die geblieben sind, eine Steuer von bis zu 25 Prozent erhoben wird.

Siluanovs 10-prozentige Ausstiegsgebühr bedeutete, dass "westliche Unternehmen, die sich der zukünftigen Dividendensteuer nicht bewusst sind, dazu verleitet werden könnten, eine gewisse Präsenz in Russland aufrechtzuerhalten", so die Quelle. "Aber sobald die [Doppelbesteuerungs-]Abkommen gekündigt sind, wird Moskau den westlichen Unternehmen, die noch in Russland präsent sind, eine neue Steuer auferlegen - sie müssten dann eine Dividendensteuer von bis zu 25 Prozent zahlen", so die Quelle weiter.

Und "das würde diese Unternehmen in Wirklichkeit zu Sponsoren der russischen Kriegsanstrengungen machen", so die Quelle gegenüber EUobserver. Der Auswärtige Dienst der EU äußert sich nie zu Details der bevorstehenden Sanktionen, wie etwa zu den Motiven für die plötzlichen europäischen Desinvestitionen. Er teilte dieser Website auch mit, dass die Beratung privater Unternehmen in erster Linie in die nationale Zuständigkeit falle. Aber sie fügte hinzu: "Dies ist nicht der richtige Zeitpunkt, um in Russland oder mit Russland Geschäfte zu machen, wegen seines Krieges gegen die Ukraine und wegen der Unvorhersehbarkeit des lokalen wirtschaftlichen, investitionsbezogenen und rechtsstaatlichen Umfelds". Und das war nur eine von vielen Warnungen an ausländische Investoren, dass Putin sich anschickt, sie um ihr Geld zu bringen.

[Growing fear EU firms in Russia will be forced to fund war \(euobserver.com\)](https://www.euobserver.com/news/51477)

EU-Sanktionsbeauftragter O`Sullivan unterwegs in Drittländern

Der Sonderbeauftragte der Europäischen Union für Sanktionen, David O'Sullivan, hat bei einem Besuch in Taschkent erklärt, wie Usbekistan und die EU daran arbeiten, dass das Hoheitsgebiet des Landes nicht zur Umgehung der gegen Russland verhängten

Sanktionen genutzt wird. Der Fokus liegt dabei auf der Wiederausfuhr von Dual-use-Gütern.

“Ich möchte betonen, dass wir nicht die Absicht haben, Sanktionen gegen Drittländer, insbesondere Usbekistan, zu verhängen, und dass wir auch nicht die Absicht haben, die Entwicklung Usbekistans und seine Handelsbeziehungen mit anderen Ländern, einschließlich Russland, zu behindern”, betonte O'Sullivan.

Die EU sei aber besorgt über die Möglichkeit, die gegen Russland verhängten Sanktionen über Drittländer zu umgehen. “Wir haben in letzter Zeit ungewöhnliche Handelsgeschäfte beobachtet und festgestellt, dass Produkte, die in EU-Ländern hergestellt werden, die unter Sanktionen stehen, irgendwie über Drittländer nach Russland gelangen”, sagte der Sondergesandte.

Er betonte, dass in einer Reihe von Staaten ein Anstieg der Importe von sanktionierten Waren aus EU-Ländern zu beobachten sei. “Aus diesem Grund war ich in den Vereinigten Arabischen Emiraten, der Türkei und Kasachstan, bevor ich nach Usbekistan kam. Ich beabsichtige auch, Georgien, Armenien und Serbien zu besuchen”, so der EU-Sonderbeauftragte.

David O'Sullivan erklärte, dass die EU in den letzten Monaten einen fruchtbaren Informationsaustausch insbesondere mit dem Zollausschuss und der Zentralbank Usbekistans über Finanzfragen geführt habe. “Im Rahmen dieses Dialogs konnten wir einige Probleme in einer funktionierenden Weise lösen”, sagte er. “Wir respektieren den Wunsch Usbekistans, [in der Frage des Krieges Russlands gegen die Ukraine] neutral zu bleiben, und waren dennoch sehr ermutigt und dankbar für die Zusicherung, dass Usbekistan dagegen ist, dass sein Territorium zur Umgehung der verhängten Sanktionen genutzt wird. Wir verstehen, dass dies eine politische Entscheidung des Staates ist”, sagte David O'Sullivan.

Er wies darauf hin, dass die EU der usbekischen Seite im Laufe der Arbeitskontakte eine Liste von in den EU-Ländern hergestellten Gütern übergeben habe, die eine doppelte oder militärische Verwendung haben und “dazu beitragen, dass die russische Militärmaschinerie einen mörderischen Krieg gegen die Bevölkerung der Ukraine führen kann”. Ihm zufolge handelt es sich um High-Tech-Blockschaltungen, Mikrochips, optische Geräte, die für Waffen, Leitsysteme, Artillerie und Marschflugkörper verwendet werden können. “Dies sind die Produkte, die wir in russischer Militärausrüstung finden. Wir wissen, dass sie eine Reihe von Produkten und deren Teile für Waffen verwenden, um Ukrainer zu töten. Und deshalb haben wir darum gebeten, dass dem Transport genau dieser Produkte über die Grenze besondere Aufmerksamkeit geschenkt wird”, erklärte der EU-Sonderbeauftragte.

“Wir haben unsere usbekischen Kollegen gebeten, besonders darauf zu achten, dass die in der Liste aufgeführten Produkte [die in der EU hergestellt wurden] durch Usbekistan verbracht werden, denn wir haben in letzter Zeit einen Anstieg von 126 Prozent bei der Ausfuhr von Waren dieser Liste durch usbekisches Hoheitsgebiet festgestellt - das ist ziemlich signifikant”, sagte David O'Sullivan.

Er fügte hinzu, dass die EU die Bedenken, die Sanktionen bei Unternehmen hervorrufen können, versteht und einen zweitägigen Workshop für Regierungsorganisationen und

den Privatsektor veranstaltet, um die Art dieser Sanktionen zu erläutern, "damit die Menschen wissen, über welche sie sich Sorgen machen müssen und über welche nicht".

"Wir hoffen, dass wir diesen Dialog auch in Zukunft fortsetzen können, denn wir glauben, dass diese Sanktionen leider noch lange, viele Jahre andauern werden. Selbst wenn man davon ausgeht, dass die Feindseligkeiten in der Ukraine im nächsten Monat enden werden (wofür wir keine Beweise haben), gibt es immer noch eine Reihe von Problemen, die gelöst werden müssen. Dazu gehören die Untersuchung von Kriegsverbrechen, Reparationen und der Wiederaufbau der zerstörten Infrastruktur der Ukraine. Mit anderen Worten: Wir werden lernen müssen, mit diesen Sanktionen zu leben. Wir möchten daher nicht, dass diese Frage den bilateralen Beziehungen zwischen Usbekistan und der EU im Wege steht, auf die wir mit großer Inspiration und Hoffnung blicken", betonte David O'Sullivan.

Auf die Frage, ob es möglich sei, dass usbekische Unternehmen unter die gegen Russland verhängten Sanktionen fallen, erklärte der Sonderbeauftragte, dass in diesem Fall nur von einer illegalen Umgehung der Sanktionen die Rede sein könne, die ein Verbot der Wiederausfuhr von europäischen Produkten aus der genannten Liste nach Russland vorsehen.

"Wenn illegale Transaktionen stattfinden, wenn wir zum Beispiel sehen, dass einige usbekische Wirtschaftseinheiten darin verwickelt sind, dann werden sie natürlich unter Sanktionen fallen. Aber wie gesagt, unser Ziel ist es nicht, Sanktionen gegen die Wirtschaft Usbekistans zu verhängen. Wir sprechen nur über illegale Transaktionen, die dazu beitragen, die verhängten Sanktionen zu umgehen. Und die Handels- und Wirtschaftsbeziehungen zwischen Usbekistan und Russland sind eine interne Angelegenheit der beiden Staaten", so der EU-Sonderbeauftragte.

Er ging erneut auf Situationen ein, die eine Reaktion der EU auslösen könnten: "Wenn die Produkte auf der Sanktionsliste in Usbekistan hergestellt und nach Russland geliefert werden, gibt es damit kein Problem. Wenn sie aus Drittländern (außerhalb der EU - Anm. d. Red.) exportiert und wieder nach Russland exportiert werden, gibt es auch damit kein Problem. Problematisch wird es, wenn sanktionierte Produkte aus dieser Liste, die in der EU hergestellt wurden, aus der EU eingeführt werden und über das Hoheitsgebiet Usbekistans nach Russland gelangen. Dies ist die illegale Umgehung von Sanktionen.

David O'Sullivan sagte, er sei "sehr beeindruckt von dem Überwachungssystem, das in Usbekistan im Bereich der Kontrolle der Finanzströme und des Warenumsatzes existiert". "Ich bin zuversichtlich, dass die usbekischen Behörden einen Weg finden werden, die mögliche Wiederausfuhr dieser Produkte von der Sanktionsliste wirksam zu überwachen", fügte er hinzu.

"Wir hoffen, dass wir als Ergebnis unserer Mission sehr bald einen Rückgang dieser Zahlen, der Statistiken über die Wiederausfuhr von Gütern der genannten Liste, sehen werden", so der EU-Sonderbeauftragte abschließend.

Bereits im März berichtete Bloomberg, dass die Europäische Union plant, Länder ins Visier zu nehmen, die ihre Einfuhren von fortschrittlicher europäischer Technologie und anderen Gütern, die Russland in der Ukraine für militärische Zwecke nutzen könnte, stark

erhöht haben. Dazu könnten die Türkei, die Vereinigten Arabischen Emirate, Kasachstan und andere Länder Osteuropas und Zentralasiens gehören.

Eine Woche später berichtete Reuters, dass russische Unternehmen in den letzten Wochen ihre kasachischen Partner mit Anfragen überschwemmt haben, ihnen bei der Einfuhr der zur Umgehung der Sanktionen erforderlichen Waren zu helfen. Dabei ging es um den Versand von Produkten wie Telefonen, Elektronik und Seltenerdmetallen bis hin zu Bankkartenmaterial.

Kasachstan begann laut Financial Times im April damit, Waren zu verfolgen, die das Land zur Wiederausfuhr nach Russland passieren. Die Maßnahmen werden inmitten der Bemühungen des Westens ergriffen, ausländische Unternehmen und Einzelpersonen daran zu hindern, Russland bei der Umgehung der Sanktionen zu helfen, so die Zeitung.

Der Telegraph berichtet unter Berufung auf ein vertrauliches Dokument, das der Zeitung vorliegt, dass die EU Pläne erörtert, restriktive Maßnahmen gegen Länder zu verhängen, die Russland beim Erwerb von Technologien mit doppeltem Verwendungszweck helfen. Dazu gehören Waschmaschinen, Gebrauchtwagen und Kameras, die aus EU-Ländern nach Kasachstan, Kirgisistan und Usbekistan exportiert werden.

[«Благодарны, что Узбекистан против использования его территории для обхода санкций» — спецпосланник ЕС – Новости Узбекистана – Газета.uz \(gazeta.uz\)](#)

Kasachstan will bei Sanktionen mit EU kooperieren – russische Händler bauen Lieferketten um

Am 16. Mai traf der EU-Chefdiplomat Josep Borrell in Brüssel mit Murat Nurtleu zusammen, der nach den vorgezogenen Parlamentswahlen vom 19. März zum neuen kasachischen Vizepremierminister und Außenminister Kasachstans ernannt wurde, berichtet Euractiv. Laut einer Pressemitteilung würdigte Borrell die „prinzipielle Position Kasachstans, die auf der Achtung der UN-Charta und der territorialen Integrität aller UN-Mitglieder, einschließlich der Ukraine, beruht.“ Er nahm auch „die Bemühungen Kasachstans zur Kenntnis, sicherzustellen, dass sein Territorium nicht zur Umgehung oder Untergrabung europäischer und internationaler Sanktionen genutzt wird.“

Kasachstan hat keine Sanktionen gegen Russland verhängt, ist dem westlichen Wirtschaftssanktionsregime nicht beigetreten und betreibt weiterhin Handel mit Russland und anderen Ländern unter normalen rechtlichen Bedingungen. Die Exporte aus der EU und dem Vereinigten Königreich nach Armenien, Kasachstan und Kirgisistan haben stark zugenommen, insbesondere bei Produkten, die von den EU-Sanktionen gegen Russland betroffen sind. Und diese drei Länder – allesamt Mitglieder der von Russland geführten Eurasischen Zollunion – haben ihre Exporte nach Russland erhöht, insbesondere die Exporte von Produkten, die von den Sanktionen betroffen sind.

Die EU bewegt sich auf einem schmalen Grat, um sicherzustellen, dass ihre Sanktionen nicht über Drittländer umgangen werden, und um befreundete Länder wie Kasachstan nicht zu verprellen und sie in die Arme ihres ehemaligen sowjetischen Herren zu treiben.

Aus kasachischen Diplomatenkreisen heißt es, dass Kasachstan zwar Handel mit Russland betreibt, sich aber verpflichtet habe, nicht zuzulassen, dass sein Territorium für die Umgehung westlicher Sanktionen genutzt werde.

„Wir sind fest entschlossen, die Nutzung unseres Territoriums für den illegalen „Ghost Trade“ zu verhindern. Wir sind uns aller Risiken bewusst und überwachen unseren gegenseitigen Handel mit allen Partnern streng“, so der Diplomat gegenüber EURACTIV. Er betonte, dass Kasachstan gegenüber seinen europäischen Partnern in dieser Frage transparent bleiben werde.

„Wir werden weiterhin einen offenen Kommunikationskanal zu diesem Thema mit den zuständigen EU-Institutionen beibehalten, und wir nehmen alle Bedenken ernst“, sagte er, betonte aber auch: „Eine „exemplarische Bestrafung“ der ohnehin schon anfälligen Wirtschaft durch Sanktionen gegen kasachische Unternehmen kann nach hinten losgehen und ein falsches Signal an unsere Gesellschaft und Wirtschaft senden.“

Nach der Ankündigung der kasachischen Regierung, die Kontrolle von Parallelimporten in die Russische Föderation zu verschärfen, berichteten russische Medien, dass russische Händler begonnen haben, ihre Lieferkanäle in andere Länder wie China, Kirgisistan und die Vereinigten Arabischen Emirate zu verlegen. Ebenso begannen russische Lkw-Fahrer mit importierten Waren Berichten zufolge, Kasachstan zu umgehen und die Transportrouten über China, Iran, Georgien, Aserbaidschan und Armenien umzuleiten.

[EU würdigt Kasachstans Bemühungen zur Umgehung von Russland-Sanktionen – EURACTIV.de](#)

Frankfurter Rundschau: Düngemittel - Wie die EU trotz Sanktionen die russische Kriegskasse füllt

Der Handel mit Russland ist seit dem russischen Einmarsch in die Ukraine eingebrochen. Doch an manchen Stellen boomt der Handel weiter, schreibt die Frankfurter Rundschau. So hätte sich die Einfuhr von Düngemitteln aus Russland im vergangenen Jahr verfünffacht.

In der industriellen Landwirtschaft wird vor allem Stickstoff-Dünger verwendet, der aus Erdgas hergestellt wird. Das Erdgas wird nicht nur während der Produktion als Energiequelle gebraucht, sondern vielmehr als Rohstoff, aus dem der Dünger hergestellt wird. Der Dünger besteht aus einer Kombination von Methan – also Erdgas – und Stickstoff, das in der Luft vorgefunden wird.

Wenn der Stickstoff-Dünger also nicht auf der Sanktionsliste der EU steht, dann bedeutet das im Wesentlichen, dass die EU noch immer abhängig ist vom russischen Gas, heißt es in dem Beitrag der FR. Der Industrieverband Agrar (IVA) weist bei seiner Jahrespressekonferenz darauf hin, dass sich die Stickstoff-Importe aus Russland im vergangenen Jahr verfünffacht hätten.

Warum ist das aber so? Die Abhängigkeit vom russischen Düngemittel ist als Reaktion auf die Sanktionen und den Ukraine-Krieg zu werten. Denn durch die von Russland ausgelösten Energiekrise ist die Düngemittelherstellung innerhalb der EU eingebrochen.

Die Gaspreise waren schlicht zu hoch, sodass Produktionsstätten wie hierzulande BASF ihre Kapazitäten drosselten. Die Düngemittelproduktion lohnte sich nicht mehr – und die Landwirtschaft hatte keine andere Wahl mehr, als aus Russland zu importieren. Was nichts anderes bedeutet, als die Abhängigkeit vom billigen russischen Gas auf eine andere Schiene zu lenken.

Der IVA warnt, dass sich die EU vor dieser Situation nicht wegduckern sollte. IVA-Hauptgeschäftsführer Frank Gemmer sagte gegenüber dem Portal Capital, dass die EU sich überlegen müsse, wie sie wieder die eigene Produktion wieder hochfahren kann. Trotz sinkender Gaspreise ist das nämlich noch nicht wieder in gewohntem Maße passiert. BASF hatte Anfang des Jahres sogar angekündigt, die Ammoniak-Produktion in Ludwigshafen gänzlich einzustellen.

[Ukraine-Krieg: Wie die EU die russische Kriegskasse füllt \(fr.de\)](#)
[Düngemittel aus Russland: Legale EU-Importe gestiegen - Capital.de](#)

GTAI:

Russische Düngemittel – Übersicht über Sanktionslage

Russland und Belarus gehören zu den führenden Lieferanten von mineralischen Düngemitteln. Vor Kriegsbeginn führte Russland jährlich rund 37,6 Millionen Tonnen Dünger im Gesamtwert von 12,5 Milliarden US-Dollar aus. Auf Russland entfallen rund 45 Prozent der weltweiten Lieferungen bei Ammoniumnitrat, rund 20 Prozent bei Kalidünger und 14 Prozent bei Phosphatdüngemitteln. Während die EU bereits in ihrem 5. Sanktionspaket am 10. Juli 2022 die Einfuhr von Düngemitteln aus Russland und Belarus sanktionierte, bleibt der weltweite Handel mit den für die globale Ernährungssicherheit wichtigen russischen Düngemitteln bewusst von den Sanktionen ausgenommen. In diesem GTAI-Beitrag wird die aktuelle Sanktionslage zu dem Thema analysiert:

[Handel mit Düngemitteln aus Russland von Sanktionen ausgenommen | Branchen | Russland | Rohstoffe und Lieferketten \(gtai.de\)](#)

Öl aus Russland: Umgeht Indiens geheime Tankerflotte das EU-Embargo?

Europa kauft russisches Öl – über Umwege. Trotz des verhängten Embargos der EU werden weiterhin tonnenweise Mengen des Rohstoffs importiert, berichtet die Berliner Zeitung. Hinter einem neuen Reederei-Riesen aus Indien könnte demnach der russische Ölkonzern Rosneft stehen.

Indien sei mittlerweile zum größten Abnehmer russischen Öls geworden. Im April importierte das Land erstmals mehr als 1,7 Millionen Barrel (ein Barrel entspricht 159 Litern) pro Tag aus Russland und damit deutlich mehr als aus den früheren Hauptlieferländern Saudi-Arabien und Irak zusammen, berichtet das Handelsblatt unter Berufung auf den Datenanbieter Vortexa.

Gleichzeitig liefert Indien so viel Mineralöl nach Europa wie nie zuvor: Rund 365.000 Barrel pro Tag verschifft das Land im April, berichtet Bloomberg unter Verweis auf Daten

des Analysedienstes Kepler. Damit ist Indien zu Europas führendem Lieferanten von raffinierten Kraftstoffen wie beispielsweise Diesel aufgestiegen. Und Indien hat Russland abgehängt, das im vergangenen Jahr noch am meisten Öl in die EU eingeführt hatte. Das seit Dezember verhängte Einfuhrverbot der EU für russisches Rohöl, das per Schiff geliefert wird, sowie das seit Februar verschärfte Embargo gegen Mineralölprodukte wie Diesel und Benzin aus Russland dürfte umgangen worden sein.

Indien setzt bei seinem Aufstieg zum Ölliefergiganten im Eiltempo auf einen umfassenden Umbau der Schifffrastruktur. Quasi aus dem Nichts sei in Indien ein Riese der internationalen Ölschifffahrt entstanden. In Mumbai habe die Regierung binnen 18 Monaten eine der größten Reedereien der Welt hochgezogen. Vor zwei Jahren habe die Gatik Ship Management lediglich zwei Chemietanker besessen, im April habe das Unternehmen 58 Schiffe mit einem geschätzten Gesamtwert von 1,6 Milliarden US-Dollar verfügt, berichtet die Financial Times (FT). Im internationalen Maßstab lohnt sich ein Vergleich: Von den fast 14.000 aktiven Tankern besäßen die meisten Schifffahrtunternehmen weniger als zehn Tanker. Nur 20 Unternehmen, darunter Gatik, verfügten über 50 oder mehr.

Der Ozeanriese schwimmt indes in trüben Gewässern. Die Eigentumsverhältnisse des Unternehmens sind ein Rätsel. Laut dem Medienbericht ist Gatik am 31. März dieses Jahres als Exporteur in Indien registriert worden, aber nicht im offiziellen indischen Unternehmensregister gelistet. Schiffsmakler, Analysten und Rohstoffhändler vermuteten als Finanziers der raschen Expansion den russischen Rohstoffkonzern Rosneft, der auch zu den größten Kunden des Unternehmens gehört.

Die neue Schiffsflotte sei größtenteils für den Transport von Öl aus Russland eingesetzt, hauptsächlich zu Häfen in Indien. Gatik habe mindestens 83 Millionen Barrel russisches Rohöl und Ölprodukte verschifft. Das sei genug, um den gesamten britischen Ölbedarf für mehr als zwei Monate zu decken, schreibt die FT. Mehr als die Hälfte davon stamme von Rosneft. Vor dem Angriffskrieg auf die Ukraine habe Russland weniger als ein Prozent des indischen Erdöls geliefert. Offiziellen Handelsstatistiken zufolge entfielen mittlerweile etwa 30 Prozent auf Russland.

[Öl aus Russland: Umgeht Indiens geheime Tankerflotte das EU-Embargo? \(berliner-zeitung.de\)](https://www.berliner-zeitung.de)

Spiegel: Indien liefert russisches Öl in großen Mengen die EU

Trotz des Embargos fließt weiter indirekt russisches Öl in die EU, berichtet der Spiegel. Das Öl komme über Zwischenhändler in Drittstaaten. Besonders Indien verdiene daran. Seit Beginn des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine hat die Europäische Union mehrere Sanktionspakete gegen Moskau verabschiedet. Seit Dezember darf kein russisches Öl mehr auf dem Seeweg in die EU eingeführt werden, seit Februar dieses Jahres gilt außerdem ein Embargo auf Diesel oder Benzin. Aber das heiße nicht, dass russisches Öl nicht in verarbeiteter Form weiterhin nach Europa gelange, sagt Viktor Katona vom Datenanalyst Kpler im Gespräch mit dem Spiegel. Es nehme nur jetzt einen teuren und Tausende Kilometer langen Umweg.

Katona habe beobachtet, wie sich der globale Schiffsverkehr seit Beginn der Sanktionen neu sortiert hat: wie Tanker mit russischem Öl an Bord nicht mehr westliche, sondern Länder des Ostens ansteuerten. Die Türkei, Saudi-Arabien und vor allem: Indien. An der indischen Westküste haben mehrere Raffinerien ihren Standort, darunter die größte der Welt. Dort wird russisches Öl zu Benzin und Diesel weiterverarbeitet. Und scheint in dieser Form von dort aus vermehrt auch wieder seinen Weg nach Europa zu finden. Laut Daten von Kpler lieferte Indien der EU im April größere Mengen Kraftstoff als je zuvor. Es liegt damit als Lieferant nun knapp vor Saudi-Arabien. Zusammen füllen die beiden Länder einen großen Teil der Lücke, die seit Beginn des Embargos von Februar in der europäischen Kraftstoffversorgung besteht. Nur ist Indien anders als Saudi-Arabien kein Land mit riesigen Erdölvorkommen.

»Es liegt absolut nahe, dass es sich im Falle Indiens um russisches Öl handelt«, sagt Katona. »Bei den Mengen, die Indien einkauft, ist es schier unausweichlich.« Zu diesem Schluss ist diese Woche auch der EU-Außenbeauftragte Josep Borrell gekommen: »Wenn Diesel oder Benzin aus Indien nach Europa kommt und mit russischem Öl hergestellt wird, ist das sicherlich eine Umgehung der Sanktionen, und die Mitgliedstaaten müssen Maßnahmen ergreifen«, sagte Borrell am Dienstag der »Financial Times«. Die Antwort aus Neu-Delhi kam prompt: Borrell solle sich die eigenen EU-Regularien durchlesen, empfahl der indische Außenminister dem Brüsseler Diplomaten. Will heißen: Was Neu-Delhi tue, verstoße nicht gegen die Regeln.

Indien trägt die Sanktionen gegen Moskau nicht mit. Im Gegenteil: War der Import von Öl aus Russland für indische Firmen wegen des langen Seewegs zu teuer und umständlich, hat sich das mit dem Beginn des Angriffskrieges rapide geändert: Russland ist mittlerweile zum größten Öllieferanten Indiens aufgestiegen. Im vergangenen Monat importierte das Land bis zu zwei Millionen Barrel russisches Öl pro Tag, knapp 40 Prozent seines nationalen Bedarfs. Vor Beginn der Invasion waren es rund ein Prozent.

Experten wie der frühere Obama-Berater Jason Bordoff können darin allerdings kein Problem erkennen. Indiens Bereitschaft, vergünstigtes russisches Rohöl zu kaufen, sei kein Fehler im System, sondern erwünscht, sagte Bordoff der Nachrichtenseite Bloomberg. »Es ist Teil des Plans der westlichen Gemeinschaft, Putin wirtschaftlichen Schaden zuzufügen, ohne sich dabei selbst zu schaden.«

[Russland-Sanktionen: Wie russisches Öl nach Europa gelangt - DER SPIEGEL](#)

(Bezahlschranke)

Russische Gasproduktion fällt – LNG fließt weiter in die EU

Die Gasproduktion in Russland ist in diesem Jahr um 10 Prozent auf 180 Milliarden cbm gesunken, was hauptsächlich auf die sinkenden Kapazitäten von Gazprom zurückzuführen sei. Dies schreibt die „Moscow Times“ unter Berufung auf die Wirtschaftszeitung „Kommersant“, die ihren Bericht wiederum auf nicht näher benannte Quellen stützt. Der staatliche Gasriese Gazprom hält seine Produktionsstatistik seit Anfang 2023 geheim. Die Quellen der „Kommersant“ gaben an, dass Gazprom und Gazprom Neft ihre Produktion um jeweils 18 Prozent auf 117 Mrd cbm bzw. 8,6 Mrd cbm verringert hätten.

Die umgeleiteten Lieferungen von Gazprom nach China konnten bisher nicht mit den Vorkriegsexporten in die Europäische Union konkurrieren. Die Energiekonzerne Lukoil und Surgutneftegaz verzeichneten ebenfalls Rückgänge der Gasproduktion zwischen 3% und 14,5%. Dagegen förderte Rosneft mit 19,5 Mrd cbm 70% mehr Gas und Novatek mit 20 Mrd cbm 1% mehr.

Unterdessen berichtet aber der „Independent Barents Observer“ nach Informationen von DowJones, dass inmitten Moskaus anhaltender Angriff auf die Ukraine viele europäische Länder mehr LNG aus Russland beziehen als je zuvor. Der bisherige Monatsrekord wurde im Dezember 2022 aufgestellt, als 11,9 Mrd cbm in die EU geliefert wurden. Während Russlands Pipeline-Gasexporte in die EU fast vollständig zum Erliegen gekommen sind, seien die LNG-Exporte noch nicht von den europäischen Sanktionen betroffen und laufen auf Hochtouren.

Praktisch das gesamte Gas werde auf der weit im Norden gelegenen Yamal-Halbinsel gefördert, wo Novatek sein Yamal-LNG-Projekt betreibt. Das in der abgelegenen Tundra gelegene Feld hat eine Produktionskapazität von fast 20 Mio t pro Jahr. Eine Flotte von 15 Frachtern pendelt mit ihrer Ladung zum und vom Terminal in Sabetta.

Obwohl Russland beabsichtigt, größere Mengen des verflüssigten Gases über die Nordostpassage nach Asien zu schicken, bleibe der europäische Markt der bei weitem wichtigste. Und bald werde noch mehr LNG aus der russischen Arktis auf den Weg gebracht: Im Jahr 2024 werde Novatek sein neues Großprojekt, die Arctic LNG 2, in Betrieb nehmen und damit seine Produktionskapazität verdoppeln. Wenn alle drei Produktionsstränge in Betrieb sind, wird die Arctic LNG 2 bis zu 19,8 Mio t pro Jahr produzieren können.

Der primäre Zielmarkt für das zusätzliche LNG wird Europa sein. Wenn das Projekt jedoch in Betrieb geht, könnte die EU auch dem russischen LNG einen Riegel vorgeschoben haben. Starke Kräfte in Europa fordern heute ein Verbot der russischen LNG-Exporte, und das Flüssiggas könnte letztendlich Teil eines neuen Sanktionspakets sein.

Philipps will weiter russische Krankenhäuser beliefern

Der niederländische Gesundheitskonzern Philips wird trotz des Krieges gegen die Ukraine weiterhin Krankenhausausrüstungen an Russland liefern. Dies erklärte der Vorstandsvorsitzende Roy Jakobs, wie „Reuters“ berichtet.

„Das Recht auf Gesundheitsfürsorge ist universell, und wir sind Teil des Systems, das die Gesundheitsfürsorge bereitstellt“, sagte Jakobs auf der jährlichen Aktionärsversammlung des Unternehmens in Amsterdam. „Wir tun dies in Russland genauso wie in der Ukraine.“

Jakobs sagte, dass sich die Aktivitäten von Philips in Russland auf die Wartung und Lieferung von Krankenhausausrüstungen wie großen medizinischen Scannern konzentrierten, während das Unternehmen den Verkauf seiner persönlichen Gesundheitsprodukte dort eingestellt habe - mit Ausnahme von Produkten für die Mütterpflege. Die russischen Aktivitäten seien nicht profitabel, fügte er hinzu.

Der ukrainische Außenminister Dmytro Kuleba zählte Philips im vergangenen Jahr zu einer Gruppe von 50 großen internationalen Unternehmen, denen er vorwarf, durch ihre weitere Tätigkeit in Russland „Blutprofite“ zu machen. „Internationale Unternehmen, die weiterhin in Russland tätig sind, finanzieren direkt Russlands Kriegsverbrechen“, äußerte Kuleba im November 2022.

Der niederländische Aktionärsverband VEB forderte Philips auf der Aktionärsversammlung auf, seine Aktivitäten in Russland zu beenden. „Es ist unmöglich, in diesem Konflikt neutral zu bleiben“, sagte sein Direktor Gerben Everts.

Raiffeisenbank prüft Varianten zum Exit aus Russland

Der Vorstand der österreichischen Finanzmarktaufsicht (FMA) Helmut Ettl sieht durch das Engagement der Raiffeisenbank International in Russland und einem möglichen Ausstieg keine existenzielle Bedrohung für die Bank. Ihr stehe durch einen möglichen Verkauf der Russland-Tochter oder ihrer Herauslösung aber möglicherweise ein „schmerzhafter Prozess“ bevor, sagte Ettl laut der österreichischen Nachrichtenagentur APA bei der Präsentation der Jahresbilanz. Dass die Bank aktiv den Rückzug aus Russland suche, begrüße die Finanzmarktaufsicht (FMA).

Aufgrund zuletzt getroffener Maßnahmen der FMA sei die geschäftliche Verflechtung der RBI mit Russland schon stark zurückgefahren worden und nunmehr auf das Eigenkapital beschränkt. Somit werde die RBI auch ein Worst-Case-Szenario überstehen, so Ettl auf die Frage, was die Entwicklungen rund um die Bank und ihre Russland-Verflechtung für die Stabilität des österreichischen Finanzmarkts bedeuten. Ein in Rede stehendes Tauschgeschäft der RBI mit der russischen Sberbank kommentierte Ettl nicht. Die Bank hatte zuletzt mehrere Szenarien für die Abwicklung ihres Russland-Geschäfts kommuniziert. Für den Fall eines Spin-offs, also einer Herauslösung, werde es wohl zu einem Aktiensplit kommen, so Ettl. Die Anteile der Russland-Tochter könnten für diesen Fall dann weiter an einer europäischen oder der Wiener Börse gehandelt werden. Generell müsste ein Spin-off zunächst seitens der EZB und auch der russische Zentralbank als Aufsichtsbehörde genehmigt werden, erklärt der FMA-Vorstand.

Unilever weiter in Russland aktiv

Der britische Konsumgüterkonzern Unilever hat seine Gewinne verdoppelt und seine Werbeausgaben in Russland erhöht, obwohl er angegeben hatte, nach dem Einmarsch Moskaus in die Ukraine im vergangenen Jahr nicht mehr von diesem Markt zu profitieren. Dies berichteten investigative Medien laut „Moscow Times“. Unilever war das erste große europäische Lebensmittelunternehmen, das im März 2022 die Importe und Exporte aus Russland sowie die dortigen Medien- und Werbeausgaben einstellte. Unilever lieferte jedoch weiterhin „wichtige“ Lebensmittel und Hygieneprodukte an Russen und verpflichtete sich, keine Gewinne aus diesen Verkäufen zu erzielen. Die russische Tochtergesellschaft Unilever Rus, die mehr als 3.000 Mitarbeiter beschäftigt, verdoppelte ihren Nettogewinn im Jahr 2022 fast von 4,8 Mrd Rubel (62 Mio US-Dollar) auf 9,2 Mrd Rubel (119 Mio Dollar), wie das investigative Nachrichtenportal

„Follow the Money“ herausfand. Unilever Rus gab Berichten zufolge auch 10 Prozent mehr für Werbekosten aus als 2021, nämlich 21,7 Mrd Rubel (281 Mio Dollar). Laut „Follow the Money“ führt Unilever offiziell den Gewinnanstieg auf den veränderten Wert des Rubels und die Inflation zurück. Das Unternehmen ging nicht auf den Anstieg der Werbeausgaben ein.

Unilever gehört nach Medienberichten zu den 175 Unternehmen, die zwar weiterhin „substanzielle“ Geschäfte in Russland tätigen, aber keine neuen Investitionen vornehmen, wie aus einer umfassenden Liste hervorgeht, die von der Yale School of Management zusammengestellt wurde. Mehr als 1.000 internationale Unternehmen haben laut Liste in den Monaten seit dem Einmarsch in die Ukraine, bei dem nach Angaben der Vereinten Nationen mehr als 23.000 ukrainische Zivilisten getötet oder verletzt wurden, ihre Aktivitäten in Russland eingestellt oder beendet.

Alan Jope, CEO von Unilever, sagte im Februar 2023, dass ein Abzug Russlands aus der Ukraine „definitiv zu einem größeren Beitrag zur russischen Wirtschaft führen würde“. Russland hat 20 Mrd Rubel (250 Mio Dollar) an „freiwilligen Beiträgen“ von ausländischen Unternehmen, die das Land seit Dezember 2022 verlassen haben, in seinen Haushalt eingezogen. Die Kommission des Landes für ausländische Investitionen hat in diesem Monat damit begonnen, von ausländischen Unternehmen eine Ausstiegsgebühr in Höhe von 10 Prozent des Verkaufswerts zu erheben. „Follow the Money“ fand jedoch heraus, dass Unilever den Zusatz „unverzichtbar“ zugunsten von „alltäglichen Lebensmitteln und Hygieneprodukten“ fallen ließ, die es nun weiterhin in Russland anbietet. Auf der Grundlage der von Unilever Rus im Jahr 2021 an den russischen Fiskus gezahlten Steuern in Höhe von 331 Millionen Dollar rechneten „Follow the Money“ und das Forschungsprojekt „Leave Russia“ der Kyiv School of Economics (KSE) für das Jahr 2022 mit einer ähnlichen Steuerbasis.

Tschechien greift gegen russische Immobilienbesitzer durch

Tschechien hat seit Jahrzehnten bestehende Abkommen mit Russland aufgekündigt, die Moskau bisher die kostenlose Nutzung dutzender Grundstücke und Immobilien ermöglicht hatte, dies berichtet die Nachrichtenagentur AFP. Prag habe die „Abkommen aus der Zeit des Kommunismus“ gekündigt, erklärte Außenminister Jan Lipavsky auf Twitter. Die kostenlose Nutzung solle durch Mietverträge ersetzt werden, um eine „ungerechtfertigte Bereicherung zu verhindern“.

Der tschechischen Nachrichtenagentur CTK zufolge geht es dabei um 59 Grundstücke und Immobilien. Darunter seien unter anderem Mehrfamilienhäuser nahe der russischen Botschaft in Prag sowie Einheiten in der zweitgrößten Stadt Brno (Brünn) und in der bei russischen Investoren bis zum Ukraine-Krieg besonders beliebten Kurstadt Karlovy Vary (Karlsbad).

Die Nutzung der Immobilien und Grundstücke beruhte auf Abkommen, welche die damals kommunistische Tschechoslowakei in den 1970er und 1980er Jahren mit der verbündeten Sowjetunion abgeschlossen hatte. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion im Jahr 1991 gingen die Verträge auf Russland über. Die tschechische

Regierung wirft Moskau seit längerem vor, die Flächen nicht nur für diplomatische Zwecke zu nutzen.

Die Beziehungen zwischen Prag und Moskau sind seit geraumer Zeit angespannt. 2021 verschlechterten sie sich erheblich, nachdem der tschechische Geheimdienst Russland vorgeworfen hatte, hinter der Explosion eines Munitionslagers nahe dem osttschechischen Ort Vrbetice im Jahr 2014 zu stecken, bei der zwei Angestellte gestorben waren. Tschechien und Russland wiesen daraufhin zahlreiche Vertreter des jeweils anderen Landes aus. Derzeit wird Moskau nur noch von sechs Diplomaten in Prag vertreten, Anfang 2021 waren es noch 150 gewesen.

Tschechien gehört zu den entschlossensten Unterstützern der Ukraine gegen den russischen Angriffskrieg. Prag hat Kiew militärische und finanzielle Hilfe zukommen lassen und fast 500.000 ukrainische Flüchtlinge im Land aufgenommen.

FAZ:

Warum die Finanzsanktionen gegen Russland so wenig wirken

Die Volkswirte des Weltbankenverbands IIF kommen zu einem enttäuschenden Ergebnis: Die finanziellen Bedingungen in der russischen Wirtschaft haben sich binnen kürzester Zeit wieder auf Vorkriegsniveau erholt. Darüber berichtet die FAZ am 5. Mai in einer Analyse (Paywall).

Dass man in Russland als Auslandsbank weiterhin prächtig verdienen kann, haben laut FAZ gerade die Zahlen der österreichischen Raiffeisenbank gezeigt. Ihre russische Tochtergesellschaft hat in den ersten drei Monaten den Gewinn gegenüber dem Vorjahreszeitraum auf 301 Millionen Euro verdreifachen können.

Wie aus einer nun veröffentlichten Analyse des Weltbankenverbands International Institute of Finance (IIF) hervorgeht, haben sich die finanziellen Bedingungen in Russland binnen kürzester Zeit wieder auf das Vorkriegsniveau erholen können. Die IIF-Volkswirte ordnen ihre Untersuchung selbst als „vorläufig“ ein. Ihr Ergebnis fällt enttäuschend aus, obwohl der russischen Zentralbank in einem bislang einzigartigen Schritt der Zugriff auf im Ausland liegende Devisenreserven in Höhe von 300 Milliarden Dollar entzogen worden war.

Ein wichtiger Grund für die verfehlte Wirkung der Sanktionen: Russland ist aufgrund seiner enormen Rohstoffexporte ein Land mit einem hohen Leistungsbilanzüberschuss. Im vergangenen Jahr wurde aufgrund der massiv gestiegenen Rohstoffpreise sogar ein Rekordüberschuss erzielt. Das Land benötigte damit keine Kredite vom internationalen Kapitalmarkt und baut weiter Devisenreserven auf, die auf nicht-sanktionierte Banken umgeschichtet wurden. Verhindern könnte man dies nur, indem ausnahmslos alle Banken, die mit Russland Geschäfte machten, sanktioniert würden, empfehlen die Experten von IIF. Dies könnte allerdings massive Turbulenzen an den Weltenergiemärkten ausüben. Auch in Europa sind weiterhin eine Reihe von Ländern wie etwa Ungarn, Serbien, Österreich oder Moldau in hohem Maße von russischen Energielieferungen abhängig.

[Warum die Finanzsanktionen gegen Russland so wenig wirken \(faz.net\)](#)

Aktuelle EU-Guidelines und FAQ

Die Europäische Kommission hat ihre FAQs zur Verordnung 269/2014 (Russland) - die FAQs zum Einfrieren von Vermögenswerten und zum Verbot der Bereitstellung von Geldern und wirtschaftlichen Ressourcen - um die FAQ 41 erweitert.

In den neuen FAQ (die am 10. Mai hinzugefügt wurden) wird die Frage gestellt, ob ein nicht sanktioniertes Unternehmen „eine Genehmigung für die Inanspruchnahme der Ausnahmeregelungen für den Handel mit Düngemitteln beantragen kann, wenn es sich selbst nicht als im Besitz oder unter der Kontrolle einer sanktionierten Person befindlich betrachtet, seine Geschäftspartner aber schon? Würde dies auf eine Anerkennung des Eigentums und/oder der Kontrolle durch die sanktionierte Person über das Unternehmen hinauslaufen?“

Die Antwort der Kommission lautet: „Sofern ein Unternehmen die in der Verordnung festgelegten Kriterien für die Beantragung einer Genehmigung erfüllt, hindert die subjektive Haltung seiner Direktoren bezüglich des Eigentums und/oder der Kontrolle der sanktionierten Person über das Unternehmen das Unternehmen nicht daran, eine Genehmigung zu beantragen. Die Verordnung zieht aus einem solchen Antrag keine Rückschlüsse darauf, ob das Unternehmen tatsächlich im Besitz und/oder unter der Kontrolle der sanktionierten Person ist.“

[Asset freeze and prohibition to provide funds or economic resources - Frequently asked questions concerning sanctions adopted following Russia's military aggression against Ukraine and Belarus' involvement in it. \(europa.eu\)](#)

Alle bisherigen EU-Maßnahmen in der Gesamtübersicht:

[Die EU-Sanktionen gegen Russland im Detail - Consilium \(europa.eu\)](#)

FAQ zum zehnten Sanktionspaket:

[Q&A: tenth package of restrictive measures against Russia \(europa.eu\)](#)

Sanktionskarte der EU:

[EU Sanctions Map](#)

4. Russland

Neue Taktik: Kreml will gezielt ausländische Vermögenswerte übernehmen

Der Kreml hat seine Taktik gegen den Westen geändert und versucht nun, ausländische Vermögenswerte innerhalb seiner Grenzen zu übernehmen, glaubt eine Russland-Analystin. Dies sei eine Eskalation auf Seiten Moskaus, nachdem sich frühere Vergeltungsmaßnahmen gegen westliche Sanktionen auf die Einschränkung der Energielieferungen nach Europa konzentriert hätten, schrieb Alexandra Prokopenko, eine Wissenschaftlerin am Carnegie Russia Eurasia Center, in der Financial Times. „Russlands wirtschaftliche Konfrontation mit dem Westen nach der Invasion des Kremls in der Ukraine tritt in eine gefährliche neue Phase ein“, warnte sie.

Nachdem Moskau gerichtliche Niederlagen einstecken musste, durch die russische Vermögenswerte in Europa eingefroren wurden, hat der Kreml inzwischen einen rechtlichen Rahmen geschaffen, um ausländische Vermögenswerte in Russland vorübergehend zu verstaatlichen, so Prokopenko weiter. Projekte, die Milliarden von US-Dollar kosten, sind nun gefährdet, und die russische Regierung wird wahrscheinlich einen „personalisierten Ansatz“ mit jedem Beteiligten verfolgen, während sie versucht, den Westen zu spalten, schrieb sie.

Ein Schlüsselement der neuen Vergeltungsstrategie Moskaus ist ein von Präsident Wladimir Putin im vergangenen Monat unterzeichnetes Dekret, das laut Prokopenko der staatlichen Vermögensverwaltungsbehörde die Kontrolle über westliche Vermögenswerte, die vom Stopp der Russland-Operationen betroffen sind, und die Möglichkeit gibt, diese an russische Käufer zu verkaufen.

Das Dekret verpflichtet auch Unternehmen „unfreundlicher Nationen“ zur Zahlung einer Spende für die russischen Kriegsanstrengungen, die fünf bis zehn Prozent des Wertes eines verkauften Vermögenswertes entspricht. Westliche Unternehmen sind außerdem verpflichtet, ihre Anteile an Projekten, die sie mit russischen Partnern teilen, mit einem Abschlag von 50 Prozent zu verkaufen.

Seit Putins Unterzeichnung des Dekrets wurden die Vermögenswerte finnischer und deutscher Energieunternehmen unter vorläufige Verwaltung gestellt. „In Verbindung mit den westlichen Beschränkungen für Verkäufe nach Russland wird es immer wahrscheinlicher, dass eine wachsende Zahl solcher Unternehmen ihre Investitionen in Russland ganz verliert“, sagte Prokopenko.

Sie sagte jedoch, dass diese neuen Beschränkungen für jedes Unternehmen einzeln gelten werden, je nach dessen Beziehungen zur russischen Regierung. „Bislang haben weder Russland noch Europa eine umfassende Strategie für den Umgang mit den gestrandeten Vermögenswerten“, sagte sie. „Der Abbruch der Beziehungen wird den Konflikt höchstwahrscheinlich verschärfen, da der Kreml nach Möglichkeiten sucht, Europa für die Verhängung von Sanktionen und die Unterstützung der Ukraine zu bestrafen. Der Appetit von Putins Kumpanen, westliche Vermögenswerte in Russland zu beschlagnahmen, wird den Schaden nur noch verschlimmern.“

GTAI-Bericht zum Thema:

[Russland will ausländische Vermögenswerte fremdverwalten | Wirtschaftsumfeld | Russland | Gegensanktionen: Fremdverwaltung \(gtai.de\)](#)

NZZ: Wenn Russland westliche Firmen enteignet, könnte dies Enteignungen in der Schweiz und der EU ermöglichen

Viele Politiker im Westen würden die gesperrten Russland-Vermögen am liebsten einkassieren und für den Wiederaufbau in der Ukraine verwenden. Doch der Rechtsstaat mit seinen Eigentumsgarantien spricht dagegen, dass man einfach russische Privatpersonen enteignet, nur weil sie wegen einer vermuteten „Nähe“ zum Putin-Regime auf einer Sanktionsliste stehen.

Laut dem neuen Erlass des russischen Präsidenten Wladimir Putin vom 25. April will nun der russische Staat „vorübergehend“ die Kontrolle über russische Tochterfirmen von Unternehmen aus Ländern übernehmen, die Russland-Sanktionen umgesetzt haben. Formal geht es dabei nicht um Enteignungen, aber das könnte folgen. Und zumindest aus ökonomischer Sicht gibt es in Russland bereits Enteignungen, schreibt die NZZ: Ausländische Firmen, die ihr Russland-Geschäft verkaufen wollen, dürfen dieses höchstens zur Hälfte des geschätzten Marktwerts tun. Zudem müssen sie 10 Prozent des (tiefen) Verkaufspreises direkt an den Staat abliefern.

Wären damit nun westliche Enteignungen als Gegenmaßnahme rechtlich zulässig? Russland bezeichnet seine Maßnahmen als Antwort auf die westlichen Sanktionen. Der Westen bezeichnet seine Sanktionen als Gegenmaßnahme zum krassen russischen Völkerrechtsbruch mit dem Angriffskrieg gegen die Ukraine.

Würde man die Frage bejahen, dass Russland mit Enteignungen ohne akzeptable Begründung angefangen hat, wäre dies laut zwei befragten Völkerrechtlern möglicherweise eine Rechtfertigung für Enteignungen durch betroffene Länder im ähnlichen Umfang. Allerdings würde eine solche Gegenmaßnahme kaum private russische Vermögen betreffen können – denn die Enteignungen in Russland wären dem Staat anzulasten.

Enteignet Russland ohne überzeugende Rechtfertigung Schweizer Unternehmen, wäre der russische Staat grundsätzlich schadenersatzpflichtig, schreibt die NZZ. Dies sei auch im Abkommen Schweiz-Russland zum Schutz von Investitionen verankert. Bei Streitigkeiten zwischen den beiden Ländern wäre laut dem Abkommen ein Schiedsgericht einzusetzen. Gibt es auch darüber Streit, kann der Präsident des Internationalen Gerichtshofs unter anderem den Vorsitzenden des Schiedsgerichts ernennen. Die Entscheide des Schiedsgerichts sind verbindlich. Ortet dieses eine Schadenersatzpflicht für Russland an und verweigern die Russen eine Zahlung, wäre ein Zugriff auf gesperrte Staatsvermögen zwecks Schadenersatz wohl denkbar.

An blockierten russischen Staatsvermögen würde es nicht fehlen: Der Westen hat laut Schätzungen 300 Milliarden US-Dollar der russischen Zentralbank blockiert.

Die bisherigen Schätzungen beruhen auf Publikationen der russischen Zentralbank. Diese hatte bis 2021 über die geografische Verteilung ihrer Reserven informiert. Bei der Durchsicht aller Jahresberichte ab 2010 wird klar: Die Schweiz spielte als Standort für russische Zentralbankreserven nur eine kleine Rolle. Erwähnt ist sie seit 2010 nur in einem Jahresbericht: Laut diesem lagen Anfang 2012 rund 0,3 Prozent der russischen Fremdwährungsreserven in der Schweiz. Umgerechnet auf das derzeitige Total der russischen Währungsreserven einschließlich Gold von rund 600 Milliarden US-Dollar, entspräche dieser Anteil etwa 1,8 Milliarden Dollar (1,6 Milliarden Franken).

Von den russischen Währungsreserven per Anfang 2022 lagen 21,5 Prozent in Gold in Russland, und 17 Prozent waren in China. Danach folgten Deutschland, Frankreich, Japan und die USA. Gemessen an den Anlageinstrumenten waren die drei klar größten Posten ausländische Staatsanleihen, Kontoguthaben und Gold.

Losgelöst von einer direkten Antwort durch betroffene Staaten auf Enteignungen in Russland, ist die Rechtsfrage des Zugriffs auf russische Staatsvermögen knifflig. In einer Hinsicht wäre es juristisch deutlich einfacher als bei privaten Vermögen: Die Verantwortung für den Angriffskrieg liegt direkt beim russischen Staat. Doch es gibt erhebliche Hürden im Völkerrecht. Grundsätzlich gilt ein Immunitätsschutz von Staaten – denn ohne diesen wären geordnete Beziehungen unter Ländern kaum möglich. Aber bei gewissen schweren Verletzungen des Völkerrechts kann nicht nur der geschädigte Staat Gegenmaßnahmen ergreifen, sondern auch jedes andere Land. Das rechtfertigt laut verbreiteter (aber nicht einhelliger) Ansicht von Juristen die westlichen Sanktionen gegen Russland. Doch eine Konfiszierung der Zentralbankvermögen wäre laut gängiger Lesart höchstens mit einem breit abgestützten internationalen Verfahren zulässig. Der Uno-Sicherheitsrat ist wegen der Vetomacht Russlands und Chinas blockiert. Tendenz: Je breiter die Unterstützung in der Uno-Generalversammlung ist, desto eher wäre durch ein Verfahren via unabhängiges Schiedsgericht die Verwendung von russischen Staatsvermögen als Schadenersatz für die Ukraine vielleicht noch als halbwegs rechtskonform zu betrachten. Doch ob es dafür genügend globale Unterstützung gibt, ist unklar.

Im Westen ist der politische Handlungswille groß. Ein diskutierter Ansatz in der EU: Man lege die blockierten russischen Zentralbankgelder ertragreicher an und schicke dann die Zusatzerträge in die Ukraine. Dabei ginge es nicht um eine Enteignung. Doch man erkaufte sich höhere Ertragserwartungen mit höheren Risiken: Bei Verlusten müsste die EU dann aber Geld in die russische Zentralbank einschießen.

[Zugriff auf Russland-Gelder: Steilpass von Putin für den Westen? \(nzz.ch\)](#)

Das russische Original-Dekret zu Zwangsverwaltung von Unternehmen finden Sie hier:

[Указ Президента Российской Федерации от 25.04.2023 № 302 · Официальное опубликование правовых актов · Официальный интернет-портал правовой информации \(pravo.gov.ru\)](#)

Forbes: Kündigung von Doppelbesteuerungsabkommen kommt im Juni

Laut einem Bericht von Forbes stehen die Vorbereitungen für die Aussetzung der Doppelbesteuerungsabkommen (DBA) mit „unfreundlichen“ Ländern kurz vor dem Abschluss. Die internationalen Abkommen würden per Präsidialdekret eingefroren. Gleichzeitig werde die Möglichkeit in Betracht gezogen, Auswanderer vor Doppelbesteuerung und Unternehmen vor steigenden Steuersätzen zu schützen

Das Präsidentendekret über das universelle Einfrieren internationaler Verträge mit „unfreundlichen“ Ländern wird voraussichtlich im Juni veröffentlicht werden, sagten zwei mit dem Vorbereitungsprozess vertraute Quellen gegenüber Forbes. Der Schutz vor der Doppelbesteuerung von natürlichen Personen wird demnach diskutiert, aber es gibt derzeit keine spezifische Lösung, um die Russen vor diesem Problem zu schützen, sagte eine Quelle im Föderalen Steuerdienst (FTS) gegenüber Forbes. „Darüber hinaus wird das Volumen der Transaktionen mit Privatpersonen als nicht sehr bedeutend angesehen“, fügte er hinzu.

Die Aufhebung der Steuerabkommen sei ein primär politischer Schritt, sagt demnach eine Quelle, die an der Diskussion in der Phase der Einholung von Stellungnahmen durch das Finanzministerium beteiligt war. „Die Maßnahme hat in erster Linie keinen steuerlichen Zweck“, so Forbes' Gesprächspartner beim Föderalen Steuerdienst weiter. Ihm zufolge haben die Steuerbehörden nicht einmal die Höhe der zusätzlichen Einnahmen für den Haushalt durch die Erhöhung der Steuern auf Zahlungen ins Ausland berechnet.

Vor zwei Monaten schlugen das Finanz- und das Außenministerium vor, die Abkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung (DBA) mit „unfreundlichen“ Ländern auszusetzen. Dieser Schritt war eine Reaktion auf die Aufnahme Russlands in die schwarze Liste der Länder, die in Steuerfragen nicht mit der EU zusammenarbeiten. Zu den „unfreundlichen“ Ländern, d. h. denjenigen, die sich den Sanktionen gegen Russland angeschlossen haben, gehören nun 38 von 84 Ländern, mit denen Russland Steuerabkommen geschlossen hat. Die gleichzeitige Aussetzung so vieler internationaler Verträge ist für Russland beispiellos.

[Налоговые договоры с Западом заморозят указом Путина | Forbes.ru](#)

„Windfall tax“ in Russland

Die russische Regierung plant die Einführung einer „Windfall“-Steuer – einer außerordentlichen Steuer auf Übergewinne, um Haushaltsdefizite auszugleichen. Die gesetzlichen Änderungen wurden vom Finanzministerium erarbeitet, allerdings ist der entsprechende Gesetzesentwurf weder auf dem Internetportal regulation.gov.ru veröffentlicht, noch bisher in die Staatsduma eingebracht, berichtet die Kanzlei Brand&Partner in ihrem Newsletter.

Aus den Medien bekannt sei, dass die entsprechenden Änderungen ab 2024 in Kraft treten sollen, wobei die „Windfall“-Steuer spätestens bis zum 28. Januar 2024 abzuführen ist. Gleichzeitig werden Unternehmen die Möglichkeit haben, die „Windfall“-Steuer

vorfristig 2023 zu zahlen. Neben russischen Gesellschaften gelten auch Betriebsstätten ausländischer Organisationen als Steuerpflichtige.

Die Höhe der „Windfall“-Steuer beträgt 10 Prozent des Gewinnzuwachses in den Jahren 2021–2022 im Vergleich zu den Jahren 2018–2019 (5 Prozent bei einer vorfristigen Abführung in 2023).

Die „Windfall“-Steuer betrifft nur Gesellschaften mit einem durchschnittlichen Gewinn in 2021-2022 von mehr als RUB 1 Mrd. (ca. EUR 11,5 Mio.). Darüber hinaus sind KMU, Öl-, Gas- und Kohlegesellschaften, sowie Gesellschaften, die nach dem 1. Januar 2021 gegründet wurden (außer in Fällen einer Reorganisation), nicht steuerpflichtig. Nicht steuerpflichtig sind ebenso Betriebsstätten ausländischer Unternehmen, die ihre Tätigkeit nach dem 1. Januar 2021 aufgenommen haben.

Die „Windfall-Steuer“ ist als eine einmalige Krisenmaßnahme zur Unterstützung des russischen Haushalts zu betrachten. Daher erwarten wir, dass diese Maßnahme mit minimalen Änderungen trotz der Kritik von vielen russischen Unternehmen eingeführt wird.

Russland stuft Greenpeace als „unerwünschte“ Organisation ein

Russland hat laut einer Meldung von AFP die Umweltorganisation Greenpeace zur „unerwünschten“ Organisation erklärt, was de facto ein Verbot der Aktivitäten der Gruppe bedeutet. Die russische Generalstaatsanwaltschaft warf Greenpeace in einer Erklärung „anti-russische Propaganda“ und den Versuch eines „verfassungswidrigen Umsturzes“ vor. Greenpeace bezeichnete die Entscheidung als „absurd“, „unverantwortlich“ und „zerstörerisch“. Die Generalstaatsanwaltschaft hatte zur Einstufung der Organisation mit Sitz in den Niederlanden geschrieben, Greenpeace sei eine „Bedrohung für die Fundamente der Verfassungsordnung und der Sicherheit“. Demnach wurden die Aktivitäten der internationalen Nichtregierungsorganisation „als unerwünscht auf dem Gebiet der Russischen Föderation“ eingeordnet.

Grauimporte über Drittländer boomen

Der deutsche Export in Drittländer wie Kasachstan, Armenien oder Belarus hat im März stark zugenommen. Ein Bericht des russischen Wirtschaftsmediums legt nahe, dass es sich dabei auch um Waren handeln dürfte, die als so genannte Grauimporte weiter nach Russland gelangen. Nach Angaben des Kommersant organisiert der russische Einzelhandel den Grauimport von Markenprodukten über Nachbarländer wie Belarus, Kasachstan und Kirgisistan. Dabei gebe es inzwischen aber nicht mehr genügend Logistik- und Lagerflächen für den Umschlag der Waren. Der Immobilienberater NF Group beziffere den Bedarf von russischen Handelsriesen wie Wildberries und Ozon auf insgesamt 400.000 Quadratmeter. Der Leerstand in den Logistikparks zum Beispiel in Belarus betrage jedoch nur 2,8 Prozent. In Usbekistan seien es nur 9300 Quadratmeter von insgesamt 207.000 Quadratmeter. Sollen die Parallelimporte nach Russland weiter an

Fahrt aufnehmen, müssten die russischen Importeure selbst als Bauherren tätig werden, urteilen Experten. Doch auch geeignete Bauflächen seien Mangelware. Russland hatte im Zuge des Rückzugs westlicher Unternehmen aus dem Land eine längere Liste von Waren veröffentlicht, bei denen Parallelimporte ohne Wissen der Hersteller möglich sind. Bei solchen Waren gibt es beispielsweise keine Herstellergarantien, Gewährleistungspflichten und Reparaturangebote.

Programm für Parallelimporte wird voraussichtlich verlängert

Das Programm für Parallelimporte wird wahrscheinlich bis 2024 verlängert. Dies sagte der stellvertretende Ministerpräsident Denis Manturow in einem Interview mit TASS. Der Mechanismus werde für Waren gelten, für die „ein Bedarf“ bestehe, sagte er. Gleichzeitig werde die Liste der Waren, die unter das Programm fallen, reduziert, um die Hersteller in Russland zu motivieren“. „Wir haben versucht, den Markt so weit wie möglich ins Gleichgewicht zu bringen, und wir haben diese Ziele fast erreicht“, sagte laut TASS der stellvertretende Regierungschef.

Die Parallelimportregelung wurde im vergangenen Jahr eingeführt, nachdem viele ausländische Unternehmen als Reaktion auf die Militäroperation in der Ukraine die Lieferung ihrer Produkte nach Russland eingestellt hatten. Die ursprüngliche Liste umfasste Elektronik (Apple, Samsung, Asus, Intel, Sony, HP), Autos (Jaguar, Porsche, Rolls-Royce, Bentley und andere), Metalle der seltenen Erden, Sportgeräte, Kraftstoffe, Eisenbahnlokomotiven und rollendes Material, Boote und andere Produkte. Die Liste wurde später überarbeitet, indem Artikel von der Liste entfernt und neue hinzugefügt wurden. Im November 2022 erlaubte das Ministerium für Industrie und Handel die Einfuhr von etwa 40 Marken von Alkohol nach Russland durch Parallelimporte, im März dieses Jahres - IKEA-Produkte und andere Produkte. Im Dezember 2022 teilte der Föderale Zolldienst bereits mit, dass das Volumen der Parallelimporte nach Russland 20 Milliarden Dollar überstiegen habe.

[Мантуров заявил о плане продлить параллельный импорт еще на год — РБК \(rbc.ru\)](#)

Sanktionen: Russen fürchten westlichen Einfluss in Zentralasien

Mehrere zentralasiatische Länder hätten deutlich gemacht, dass sie sich den westlichen Sanktionen gegen Russland anschließen könnten, sagte der stellvertretende russische Außenminister Michail Galuzin auf der dritten Zentralasienkonferenz des Valdai-Diskussionsklubs in Tomsk. Er hat die einzelnen Länder nicht genannt.

„Trotz gleicher Standpunkte über die Unzulässigkeit und Unrechtmäßigkeit einseitiger wirtschaftlicher Beschränkungen wollen mehrere zentralasiatische Länder keine entsprechenden Risiken eingehen und signalisieren ihre Bereitschaft, den westlichen restriktiven Maßnahmen zu folgen“, sagte er.

„Westliche Länder benutzen die von ihnen kontrollierten Nachrichtenmedien und Nichtregierungsorganisationen, um eine antirussische Kampagne in Zentralasien zu führen“, sagte Galuzin laut Tass weiter. Galuzin sagte, die zentralasiatische Region werde von den westlichen Ländern ausschließlich als ein Instrument der „Politik zur

Eindämmung Russlands und Chinas, zur Kontrolle dieser Kreuzung der Handelswege von Asien nach Europa und zurück“ betrachtet. Der stellvertretende Außenminister sagte auch, Russland verfolge gegenüber Zentralasien einen anderen Ansatz.

„Für uns ist dies eine Nachbarregion, mit der wir eine gemeinsame Geschichte haben, ein vielschichtiges und umfassendes System von gegenseitig vorteilhaften und gleichberechtigten Beziehungen, die auf gegenseitiger Behandlung als Verbündete, strategischer Partnerschaft und Integration basieren“, so Galuzin weiter. „Wir dürfen die verbindende Rolle der russischen Sprache als Mittel der interethnischen Kommunikation, auch zwischen den in Zentralasien lebenden Völkern, nicht vergessen“, sagte der hochrangige Diplomat.

[Several Central Asian countries may join Western sanctions against Russia - Russian Foreign Ministry - AKIpress News Agency](#)

5. USA

Neue US-Sanktionen auf G7-Gipfel vorgestellt – Mehr als 300 Einzelmaßnahmen

Die USA haben ihre Russland-Sanktionen im Anschluss an die G7-Erklärung zur Ukraine stark erweitert. Die einzelnen Veränderungen listet [europeansanctions.com](https://european-council.europa.eu/media/en/press-room/2022/06/european-sanctions-against-russia) wie folgt auf:

- Die OFAC hat 22 Einzelpersonen und 104 Unternehmen zu ihren gezielten Sanktionen hinzugefügt, die Berührungspunkte in mehr als 20 Ländern haben;

[Russia-related Designations; Issuance of Amended Russia-related Directive 4, Russia-related General Licenses; Publication of Russia-related Determinations; and New and Amended Frequently Asked Questions | Office of Foreign Assets Control \(treasury.gov\)](https://www.treasury.gov/press-releases/Pages/pr20220614)

- Das OFAC hat gemäß der Executive Order (E.O.) 14024 die Sektoren Architektur, Ingenieurwesen, Bauwesen, Fertigung und Transportwesen der russischen Wirtschaft identifiziert, was die Verhängung von Sanktionen gegen jede natürliche oder juristische Person ermöglicht, die in einem dieser Sektoren tätig ist oder war; Es gibt dazu neue OFAC-Bestimmung gemäß Executive Order (E.O.) 14071, die die Ausfuhr oder den Verkauf von Architektur- oder Ingenieurdienstleistungen aus den USA oder durch eine US-Person, unabhängig von ihrem Standort, an eine in Russland ansässige Person verbietet; Guidance zu den neuen Service-Sanktionen:

[Frequently Asked Questions - Newly Added | Office of Foreign Assets Control \(treasury.gov\)](https://www.treasury.gov/press-releases/Pages/pr20220614)

- Änderung der Richtlinie 4 unter E.O. 14024, „Verbote im Zusammenhang mit Transaktionen, an denen die Zentralbank der Russischen Föderation, der Nationale Vermögensfonds der Russischen Föderation und das Finanzministerium der Russischen Föderation beteiligt sind“, um US-Personen zu verpflichten, dem OFAC alle in ihrem Besitz oder unter ihrer Kontrolle befindlichen Vermögensgegenstände zu melden, an denen die Zentralbank der Russischen Föderation, der Nationale Vermögensfonds oder das Finanzministerium ein Interesse hat;

[download \(treasury.gov\)](https://www.treasury.gov/press-releases/Pages/pr20220614)

- Störung der Fähigkeit Russlands, im Ausland hergestellte Halbleiter und andere Mikroelektronik, die für die Aufrechterhaltung und Entwicklung seines militärisch-industriellen Komplexes erforderlich sind, sowie andere sensible Güter und Technologien zu erwerben, durch Benennung von Einrichtungen und Einzelpersonen.
- Im Energiebereich zielen die Sanktionen auf die Ausbildung sowie auf russische Unternehmen ab, die Bohr- und Bergbauarbeiten unterstützen, sowie auf Firmen,

die Investitionen in die russische Energiewirtschaft anziehen und darüber beraten.

- Das Außenministerium hat das Eigentum von fast 200 Personen und Einrichtungen, darunter Schiffe und Flugzeuge, als blockiert eingestuft;

[United States Imposes Additional Sanctions and Export Controls on Russia - United States Department of State](#)

- Das US-Handelsministerium erweitert die territoriale Reichweite und die Kategorien, die unter seine Exportkontrollen fallen, und nimmt 71 Unternehmen in seine Entity List auf, um Russland den Zugang zu Gütern zu verwehren;

[Entity List \(doc.gov\)](#)

- [file \(doc.gov\)](#)

US- Empfehlungen zur Vermeidung von Sanktionsumgehung

Das Financial Crimes Enforcement Network FinCEN und das Bureau of industry and Security BIS haben eine gemeinsame ergänzende Warnung herausgegeben, in der sie zur ständigen Wachsamkeit im Hinblick auf eine mögliche Umgehung der russischen Ausfuhrkontrollen aufrufen. Diese liefert Finanzinstituten zusätzliche Informationen über neue BIS-Ausfuhrkontrollbeschränkungen in Bezug auf Russland.

[FinCEN and BIS Supplemental Joint Alert FINAL](#)

Das OFAC warnt in diesem Zusammenhang vor folgenden Unternehmen und Personen:

- ein in Liechtenstein ansässiges mutmaßliches Beschaffungsnetz russischer Nachrichtendienste, einschließlich Trade Initiative Establishment, IGT Intergestions Trust Reg und des liechtensteinischen Staatsangehörigen Pascal Dominik Buechel;
- ein in den Niederlanden ansässiges mutmaßliches Beschaffungsnetzwerk russischer Nachrichtendienste, das angeblich von dem Beschaffungsagenten Edwin Onno Van Ingen, einem niederländischen Staatsangehörigen, und seinen Unternehmen Pro Rata Solutions B.V., Delta Technical and Scientific Instruments B.V. geleitet wird;
- weitere Personen und Einrichtungen, die mit dem bereits sanktionierten Radioavtomatika-Beschaffungsnetz verbunden sind, darunter die in der Tschechischen Republik ansässige Versvet SRO sowie die russischen Staatsangehörigen Pavel Viktorovich Akifyev und Svetlana Yuryevna Verkhovtseva und ihre Unternehmen;
- 12 Unternehmen und 2 assoziierte Personen, die die Ostec-Gruppe bilden, die Quanten- und Halbleitertechnologien für russische Verteidigungsunternehmen importiert und vertreibt, sowie das in Polen ansässige Frachtunternehmen Inter-Trans Spolka z Ograniczona Odpowiedzialnoscia (Inter-Trans) und das in

- Deutschland ansässige Speditionsunternehmen Belmagistralavtotrans Speditions GmbH (BMA Spedition), die angeblich den Versand von elektronischen Bauteilen und anderen Waren für Unternehmen der Ostec-Gruppe erleichtert haben;
- das in Finnland ansässige Technologietransfernetz, zu dem auch Koneisto International Oy (Koneisto) gehört, ein Technologieunternehmen, das seinen Kunden Computerkomponenten, Laborausüstung, Überwachungs- und Sicherheitsausrüstung sowie Metallverarbeitungsmaschinen anbietet;
 - das in Estland ansässige Technologietransferunternehmen Elmec Trade OU, das angeblich in den USA hergestellte elektronische Bauteile an russische Unternehmen geliefert hat;
 - mehr als 30 in Russland ansässige Technologie- und Elektronikimporteure, mehrere russische Energieinvestitions-, Bildungs- und Forschungseinrichtungen sowie russische Unternehmen für Bohr- und Bergbauausrüstung;
 - Finanzdienstleistungsunternehmen, darunter die in Dubai, Vereinigte Arabische Emirate (VAE), ansässige Huriya Private FZE LLE (Huriya) und ihr irischer CEO, John Desmond Hanafin, sowie die in Zypern und Hongkong ansässigen Tochtergesellschaften Huriya Private Cyprus Ltd und Gold Miles Limited und die in der Schweiz ansässige DuLac Capital Ltd (DuLac Capital); und der Auslandsnachrichtendienst der Russischen Föderation (SVR).

Pressemitteilung zu den neuen Maßnahmen:

[With Over 300 Sanctions, U.S. Targets Russia's Circumvention and Evasion, Military-Industrial Supply Chains, and Future Energy Revenues | U.S. Department of the Treasury](#)

[Russland: USA legen bei G7-Gipfel neues Sanktionspaket vor - DER SPIEGEL](#)

General Licence für Energiegeschäfte wird verlängert

Am Freitag, den 5. Mai 2023, hat das Office of Foreign Asset Control OFAC die Russland betreffende Allgemeine Genehmigung 8G „Genehmigung von Transaktionen im Zusammenhang mit Energie“ neu erteilt. Der Inhalt der Lizenz hat sich nicht geändert, aber sie wurde bis Mittwoch, den 1. November 2023, verlängert. Die Allgemeingenehmigung erlaubt energiebezogene Transaktionen mit bestimmten sanktionierten russischen Unternehmen, nämlich:

State Corporation Bank for Development and Foreign Economic Affairs
Vnesheconombank; Public Joint Stock Company Financial Corporation Otkritie;
Sovcombank Open Joint Stock Company; Public Joint Stock Company Sberbank of Russia;
VTB Bank Public Joint Stock Company; Joint Stock Company Alfa-Bank; Public Joint Stock Company Rosbank; Bank Zenit Public Joint Stock Company; Bank Saint-Petersburg Public Joint Stock Company; jede Einrichtung, an der eines oder mehrere der oben genannten Länder zu 50 Prozent beteiligt sind; und die Zentralbank der Russischen Föderation.

[Issuance of Russia-related General License | Office of Foreign Assets Control \(treasury.gov\)](#)

Das OFAC hat außerdem Skoda (SKODA JS A.S., Orlik 266, Plzen - mesto PSC 316 06, Plzen, Tschechische Republik) von der Liste der mit sektoralen Sanktionen belegten Unternehmen gestrichen.

Zypern unter Druck der USA

Der zyprische Präsident Nikos Christodoulides hat bestätigt, dass er ein 800-seitiges Dossier erhalten hat, das er von der US-Regierung angefordert hat und das zyprische Personen und Einrichtungen betrifft, die wegen ihrer angeblichen Beteiligung an der Unterstützung russischer Milliardäre beim Verstecken ihrer Vermögenswerte mit US-Sanktionen belegt sind. Die zyprische Regierung erwartet zwei weitere Informationspakete von der US-Regierung, die zusammen mit dem Dossier bei der Verfolgung russischer Mittäter in Zypern helfen sollen.

[Cyprus handed 800-page US dossier on Russia sanctions breaches | Russia | The Guardian \(ampproject.org\)](https://www.ampproject.org/cyprus-handed-800-page-us-dossier-on-russia-sanctions-breaches-russia-the-guardian)

Eingezogenes Geld wird erstmals in die Ukraine überwiesen

Der Generalstaatsanwalt der USA, Merrick Garland, hat angekündigt, dass die 5,4 Millionen Dollar, die der mit US-Sanktionen belegte Konstantin Malofejew einbehalten hat, direkt an die Ukraine überwiesen werden. Es ist unklar, wofür die Gelder verwendet werden sollen, aber das Außenministerium teilte mit, dass die Erlöse für den „Wiederaufbau der Ukraine“ verwendet werden sollen.

Das US-Gericht hatte den Einziehungsbeschluss im Februar 2023 erlassen, nachdem Malofeyev versucht hatte, ohne OFAC-Lizenz und unter Verstoß gegen die US-Sanktionen in eine in Texas ansässige Bank zu investieren

Weitere US-Sanktionen gegen Russland und den Iran

Die USA verhängen wegen „unrechtmäßiger Verhaftungen“ von US-Bürgern neue Sanktionen gegen Russland und den Iran, berichtet Tagesschau.de. Wie die Regierung mitteilte, sind unter anderem der russische Geheimdienst FSB und der Geheimdienst der iranischen Revolutionsgarden betroffen. „Unsere Aktion ist eine Warnung an diejenigen in der ganzen Welt, die unsere Staatsangehörigen zu Unrecht festhalten wollen“, hieß es von der US-Regierung. Menschen dürften keine „politischen Schachfiguren“ sein, die „unter falschem Vorwand“ verhaftet werden. Zuletzt sorgte vor allem die Festnahme des US-Reporters Evan Gershkovich für Aufsehen. Der Korrespondent des „Wall Street Journals“ wurde Ende März in Jekaterinburg vom FSB in Gewahrsam genommen. Der Vorwurf: Spionage im Auftrag der US-Regierung. Auch der US-Amerikaner Paul Whelan ist in Russland inhaftiert. Er war 2018 wegen angeblicher Spionage verurteilt worden. Die

US-Regierung betonte, dass an dem Sanktionspaket bereits vor Gerschkovichs Verhaftung gearbeitet worden sei.

Ähnlich wie Russland geht der Iran vor. Auch dort werden immer wieder Ausländer unter dem Vorwurf der Spionage oder anderer Verstöße gegen die nationale Sicherheit festgenommen. Als einer der bekanntesten US-Häftlinge gilt der Geschäftsmann Siamak Namasi, der beide Staatsbürgerschaften hat. Der 51-Jährige war 2015 gemeinsam mit seinem Vater zu zehn Jahren Haft verurteilt worden. Während letzterer im vergangenen Jahr im Rahmen einer Vereinbarung frei kam, sitzt Siamak Namasi noch immer im berüchtigten Ewin-Gefängnis in Teheran. Die US-Regierung verhängte nicht nur Strafmaßnahmen gegen die Revolutionsgarden als Ganzes. Vier Mitarbeiter sind als Einzelpersonen betroffen. Eine Folge der Sanktionen ist, dass mögliche Vermögenswerte in den USA eingefroren werden. Zudem ist es US-Bürgern untersagt, mit den Betroffenen Geschäfte zu machen. In den Vereinigten Staaten stehen die Revolutionsgarden bereits auf einer Liste von Terrororganisationen. Auch den russischen FSB haben die USA bereits sanktioniert.

Das US-Außenministerium und das OFAC haben gestern die ersten Ernennungen im Rahmen der Executive Order (E.O.) 14078 "Bolstering Efforts to Bring Hostages and Wrongfully Detained U.S. Nationals Home" (Verstärkung der Bemühungen, Geiseln und zu Unrecht inhaftierte US-Bürger nach Hause zu bringen) vorgenommen, die im vergangenen Jahr erlassen wurde und auf dem 2020 Hostage Recovery and Hostage Taking Accountability Act (Gesetz zur Wiedererlangung der Rechte von Geiseln und zur Rechenschaftspflicht bei Geiselnahmen) aufbaut (siehe früheren Beitrag). Die E.O. sieht die Verhängung von Sanktionen gegen diejenigen vor, die für die Geiselnahme eines US-Bürgers oder dessen unrechtmäßige Inhaftierung im Ausland verantwortlich sind bzw. daran mitwirken. OFAC-Pressemitteilung und Bekanntmachung, Pressemitteilung des Außenministeriums, Erklärung des Weißen Hauses und Hintergrund-Presseggespräch.

Außenministerium

Gemäß Abschnitt 6(a)(i)(A) der E.O. 14078 benannte das Außenministerium:

Russlands Föderaler Sicherheitsdienst (FSB), dem vorgeworfen wird, wiederholt an der Verhaftung, Untersuchung und Inhaftierung von US-Bürgern beteiligt gewesen zu sein, die in Russland zu Unrecht festgehalten wurden; und den iranischen Geheimdienst Islamic Revolutionary Guard Corps Intelligence Organisation (IRGC-IO), der an der unrechtmäßigen Inhaftierung von mindestens einem US-Bürger im Ausland beteiligt gewesen sein soll.

OFAC

Das OFAC hat 4 hochrangige Beamte der IRGC-IO aufgelistet:

Ruhollah Bazghandi, ein Beamter der IRGC-IO für Spionageabwehr;
Mohammad Kazemi, Befehlshaber der IRGC-IO seit Juni 2022;
Mohamad Mehdi Sayyari, stellvertretender Leiter des IRGC-IO; und
Mohammad Hasan Mohagheghi, stellvertretender Chef des IRGC-IO, Brigadegeneral.

Sanktionen wegen Sanktionsumgehungsversuch

Am 16. Mai erließ das amerikanische Bureau of Industry and Security BIS eine vorläufige Verweigerungsverfügung (Temporary Denial Order, TDO), mit der die Ausfuhrprivilegien bestimmter Personen und Einrichtungen wegen der Umleitung ziviler Flugzeugteile nach Russland ausgesetzt wurden. Die sanktionierten Personen sind:

Oleg Patsulya und Vasilii Besedin, zwei russische Staatsangehörige mit Wohnsitz in Florida;

Smartavia, eine russische Fluggesellschaft;

Intermodal Maldives, ein Speditionsunternehmen;

MIC-P&I LLC, ein von Patsulya und Besedin kontrolliertes Unternehmen in Florida.

Patsulya und Besedin sollen über MIC-P&I LLC versucht haben, US-amerikanische Industrie- und Regierungsbeamte zu täuschen, indem sie behaupteten, der Endverbraucher ihrer Einkäufe befinde sich in der Türkei und nicht in Russland, und dann versuchten, die Waren illegal über die Malediven umzuladen.

[file \(doc.gov\)](#)

6. Sanktionen weiterer Länder

Australien

Exportverbot für Maschinen

Am 19. Mai 2023 kündigte Australien weitere Sanktionen gegen Russland und ein Verbot der Ausfuhr von Maschinen und zugehörigen Teilen an. Die jüngsten Sanktionen richten sich gegen 21 Einrichtungen und 3 Personen, darunter:

- Tochtergesellschaften des staatlichen russischen Atomenergiekonzerns Rosatom, die in der Nuklearforschung, Infrastrukturentwicklung und Waffenherstellung tätig sind;
- das russische Unternehmen, das gegründet wurde, um das ukrainische Kernkraftwerk Saporischschja zu übernehmen;
- Russlands größtes Erdölunternehmen Rosneft;
- Russlands größtes Goldunternehmen Polyus PJSC;
- eines der größten Stahlunternehmen Russlands, Severstal PJSC;
- Verteidigungsunternehmen, die Russlands Krieg unterstützen;
- fünf russische Banken; und nach einer kurzen öffentlichen Konsultation wird die australische Regierung außerdem ein Verbot der Ausfuhr aller Maschinen und zugehörigen Teile nach Russland und in Gebiete, die vorübergehend unter russischer Kontrolle stehen, verhängen.

[Australia stands with Ukraine and the G7 against Russia's invasion | Australian Minister for Foreign Affairs \(foreignminister.gov.au\)](https://foreignminister.gov.au)

Großbritannien

Ausweitung der Russland-Sanktionen auf 86 Personen und Institutionen sowie auf weitere Rohstoffe

Das Vereinigte Königreich hat nach Informationen von europeansanctions.com 86 natürliche und juristische Personen in die Liste der Russland-Sanktionen aufgenommen. Die Sanktionen richten sich gegen Personen und Organisationen, die mit Russlands Energie-, Metall-, Verteidigungs-, Verkehrs- und Finanzsektor in Verbindung stehen. Im Einzelnen handelt es sich um folgende Personen:

- neun Organisationen, die mit dem staatlichen russischen Kernenergieunternehmen Rosatom in Verbindung stehen, darunter UMATEX, TRINITI, ATOMFLOT, VNIINM, JSC SSC RIAR, RENERA, YAFI;
- Oleg Romanenko, leitender Beamter des Kernkraftwerks Saporischschja, die Betriebsorganisation des Kernkraftwerks Saporischschja, 13 Mitglieder des Vorstands von Gazprom-Neft und 5 Mitglieder des Vorstands von Transneft;

- Igor Altushkin, Eigentümer der Russian Cooper Company, und 8 Unternehmen, die mit der Metallproduktion in Russland verbunden sind;
- 24 natürliche und juristische Personen, die mit den russischen Transportdiensten in Verbindung stehen, darunter Pawell Shipping Co LLP, die Staatliche Getreidegesellschaft (GZO) und ihr Direktor Nikita Busel, der mit dem systematischen Diebstahl ukrainischen Getreides in Verbindung stehen soll;
- sechs große russische Schifffahrtsunternehmen, darunter Sun Ship Management;
- 20 Führungskräfte und Unternehmen der Rüstungsindustrie, darunter Alan Walerjewitsch Luschinkow und Wladimir Nikolajewitsch Lepin, die beide Direktoren von JSC Concern Kalashnikov sind, sowie JSC BMZ und JSC Motowilikhinskiye, Unternehmen, die Militärausrüstung und Waffen herstellen;
- fünf Finanzinstitute, darunter die JSC Dom RF, die im Auftrag der russischen Regierung handelt, und die Metallurgical Investment Bank, die Russlands Industrieexporte unterstützt.

[Notice Russia 190523.pdf \(publishing.service.gov.uk\)](#)

Das neue Sanktionspaket umfasst zudem Unternehmen, die mit dem Diebstahl ukrainischen Getreides in Verbindung stehen, sowie Unternehmen, die an der Lieferung russischer Energie beteiligt sind. Unternehmen, die mit der Unterstützung von Putins militärischen Bemühungen durch Rosatom in Verbindung stehen, werden ebenfalls sanktioniert. Die britische Außenministerin betonte, dass Russlands Staatsvermögen so lange blockiert bleibt, bis Russland sich bereit erklärt, für den in der Ukraine verursachten Schaden zu zahlen

[UK sanctions target Russia's theft of Ukrainian grain, advanced military technology, and remaining revenue sources - GOV.UK \(www.gov.uk\)](#)

Die Sanktionen erfolgen zeitgleich mit der Ankündigung des britischen Premierministers Rishi Sunak, dass das Vereinigte Königreich noch in diesem Jahr ein Gesetz einführen will, das die Einfuhr von russischen Diamanten, Kupfer, Aluminium und Nickel verbietet und mit der Zusage der G7, Russlands Einnahmen aus Metallen und Diamanten zu Beginn des G7-Gipfels an diesem Wochenende zu reduzieren. Der Plan, die Einfuhr von Diamanten aus Russland einzuschränken, zielt auf eine der wenigen verbleibenden Exportindustrien Moskaus, die von den westlichen Sanktionen noch relativ unberührt ist.

[New sanctions demonstrate G7 resolve on Russia - GOV.UK \(www.gov.uk\)](#)

Anwaltshonorare können fließen

Das OFSI hat die Allgemeine Genehmigung (GL) INT/2023/2954852 erteilt, die am 29. April um 00:01 Uhr in Kraft tritt und bis zum 28. Oktober 2023 die Zahlung von Anwaltshonoraren an Anwaltskanzleien und Rechtsberater durch Personen und Einrichtungen, die unter die Russland- oder Weißrussland-Sanktionsregelungen fallen, gestattet. Die Zahlung von Anwaltshonoraren ist nun in jeder Angelegenheit zulässig, mit Ausnahme von Klagen wegen Verleumdung oder böswilliger Falschaussage. Hinweis.

Wie die frühere Fassung der Zulassung unterscheidet das Globale Handbuch zwischen Rechtsdienstleistungen, die "vor der Benennung" (Teil A) und Rechtsdienstleistungen, die „nach der Benennung" (Teil B) erbracht werden.

Es gibt eine Obergrenze von 500.000 £ (einschl. MwSt.) für den Betrag, der für Rechtsdienstleistungen geltend gemacht werden kann, die in Erfüllung einer früheren Verpflichtung erbracht wurden (z. B. wenn eine Anwaltskanzlei oder ein Rechtsanwalt vor der Benennung der Person/Einrichtung beauftragt wurde), und eine Obergrenze von 5 % der Anwaltskosten (oder 25.000 £) für Ausgaben im Zusammenhang mit der Erbringung von Rechtsdienstleistungen.

Es gibt eine Obergrenze von 500.000 £ (inkl. MwSt.) für die Gesamthonorare für juristische Arbeit, die nach der Benennung begonnen wurde, und eine Obergrenze von 5 % der juristischen Honorare (oder 25.000 £) für Ausgaben im Zusammenhang mit der Erbringung von juristischen Dienstleistungen. Der von einem "Rechtsberater" berechnete Stundensatz darf die im Globaldarlehen festgelegten Sätze nicht überschreiten, und der Stundensatz für Rechtsberater darf 1.500 £ (einschließlich MwSt.) nicht übersteigen. Die Obergrenzen in Teil A und Teil B können kombiniert werden, wenn die Erbringung von Rechtsdienstleistungen vor der Benennung begonnen und nach der Benennung fortgesetzt wurde, vorausgesetzt, dass:

- die kombinierten Anwaltshonorare für die Dauer des Globaldarlehens 1.000.000 £ (ggf. einschließlich Mehrwertsteuer) nicht überschreiten;
- die kombinierten Ausgaben übersteigen während der Laufzeit des Globaldarlehens entweder 5 % des für die Anwalts- und Beratungshonorare zu zahlenden Betrags oder 50.000 £, je nachdem, welcher Betrag niedriger ist, nicht;
- Teil A wird nur für die Bezahlung einzelner Angelegenheiten innerhalb der Rechtsberatung verwendet, die vor der Benennung begonnen wurden;
- in Bezug auf Teil B werden die Stundensatzobergrenzen nicht überschritten.

Diejenigen, die die Genehmigung nutzen, müssen dem OFSI einen Bericht vorlegen, wenn ihre Nutzung der Globaldarlehen beendet ist, oder bei Ablauf der Globaldarlehen für Arbeiten, die im Rahmen der Globaldarlehen bezahlt wurden, und müssen Aufzeichnungen über die Nutzung der Globaldarlehen sechs Jahre lang aufbewahren.

[Legal Services GL Publication Notice INT20232954852.pdf \(publishing.service.gov.uk\)](#)

Guidance zur Vermeidung von Sanktionsumgehung

Das britische Ministerium für Wirtschaft und Handel hat einen Leitfaden veröffentlicht, demzufolge Händler im Rahmen ihrer Sorgfaltspflicht die Risiken berücksichtigen sollten, die entstehen, wenn Russland versucht, Handelssanktionen zu umgehen.

Der Leitfaden enthält wichtige Risikoindikatoren (in Bezug auf Kunden, Produkte und Gerichtsbarkeiten) sowie einen Beschaffungszyklus, der die verschiedenen Phasen und Arten von Einrichtungen veranschaulicht, die für den verdeckten Erwerb von Waren genutzt werden könnten.

[NTE 2023/08: Russia sanctions – Trade sanctions circumvention - GOV.UK \(www.gov.uk\)](#)

Kanada

Neue Listungen

Kanada hat die Verordnungen über wirtschaftliche Sondermaßnahmen deutlich erweitert. Neu gelistet wurden 17 natürliche und 18 juristische Personen, die mit russischen Unternehmen in Verbindung stehen sollen, die den russischen Streitkräften Militärtechnologie und -wissen zur Verfügung stellen, sowie Familienmitglieder der aufgeführten Personen. Außerdem sanktioniert werden 30 Personen und 8 Einrichtungen, die angeblich an den anhaltenden Menschenrechtsverletzungen Russlands beteiligt sind, einschließlich der Verbringung und Verwahrung ukrainischer Kinder in Russland.

[Canadian Sanctions Related to Russia \(international.gc.ca\)](https://international.gc.ca)

Schweiz

Insgesamt 130 Verdachtsfälle auf Sanktionsumgehung

Die Schweiz ermittelt aktiv zur Umgehung von Russland-Sanktionen. 130 Fälle seien bekannt, bisher gab es in 29 Fällen Strafen. Dies berichtet das Schweizer Medium Blick.

Das Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) hat demnach bisher 130 mögliche Versuche zur Umgehung der Sanktionen gegen Russland ermittelt. 29 Fälle führten zu Verwaltungsstrafverfahren, wie die Vorsteherin des Seco Helene Budliger Artieda (58) zu Tamedia sagte. Rund die Hälfte der bisherigen Strafverfahren sind rechtskräftig abgeschlossen, wie Budliger Artieda im Interview mit Tamedia-Zeitungen weiter sagte. In 36 Verdachtsfällen sei auf eine Verfahrenseröffnung verzichtet worden. Die restlichen Fälle würden noch geprüft. Das Seco klärt ebenfalls ab, wie viele Vermögenswerte der russischen Zentralbank in der Schweiz vorhanden sind. Das sagte die Seco-Chefin auf die zehn Milliarden Franken angesprochen, die laut der „Sonntagszeitung“ in der Schweiz sein sollen. „Wir sind bemüht, so schnell wie möglich eine Zahl nennen zu können“, sagte die Seco-Chefin. Die Meldefrist ist im April abgelaufen.

7. Blick über den Tellerrand

Chinesische Sanktionen gegen US-Chiphersteller

Die chinesische Cybersicherheitsbehörde CAC verbietet Chips des US-Herstellers Micron wegen „erheblicher Sicherheitsrisiken“. Der Schritt wird als Reaktion auf US-Exportbeschränkungen für Chips gewertet. Experten gehen davon aus, dass China noch mindestens ein Jahrzehnt brauchen wird, um selbst Chips mit einer Größe von weniger als 28 Nanometern herzustellen, schreibt die "Süddeutsche Zeitung".

8. Termine

25. Mai: Finanzierung und Absicherung von Geschäften in der Ukraine, 15:00 – 17:00 Uhr, Haus der Deutschen Wirtschaft

Die Germany Trade & Invest (GTAI) und der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft (OA) laden interessierte Unternehmen, Wirtschaftsverbände und -akteure zum Präsenz-Workshop mit dem Thema Finanzierung und Absicherung von Geschäften in der Ukraine ein. Die Veranstaltung findet am 25. Mai 2023, von 15:00 bis 17:00 Uhr im Haus der Deutschen Wirtschaft, Raum 1.002 – 1.006 BDI/BDA, Breite Straße 29, 10178 Berlin, statt.

Der Workshop ist Auftakt einer Veranstaltungsreihe im Rahmen des Themenbereichs Wirtschaft der [Plattform Wiederaufbau Ukraine](#), den GTAI im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) koordiniert.

Ziel des Workshops ist es, über wichtige Aspekte bei der Finanzierung und Absicherung von Projekten in der Ukraine zu informieren und den Handlungsbedarf der Unternehmen abzufragen. Außerdem sollen Handlungsempfehlungen für die politischen Akteure im Vorfeld der „Recovery Ukraine Conference“ am 21./22. Juni 2023 in London formuliert werden.

Weitere Informationen zum Programm und Sprechern finden Sie [hier](#).

Bitte beachten Sie, dass die Veranstaltung ausschließlich vor Ort stattfindet, die Teilnehmerzahl aufgrund der Raumkapazität auf 60 Teilnehmende begrenzt ist und wir ggf. eine Auswahl der Teilnehmer vornehmen müssen bzw. nur einen Vertreter pro Unternehmen/Organisation akzeptieren können. Wir bitten dafür bereits jetzt um Ihr Verständnis.

Bei Interesse melden Sie sich bitte bis einschließlich Freitag, den 19. Mai 2023 bei s.kaegebein@oa-ev.de und a.akulich@oa-ev.de oder Tel: +49 30 206167129

1. Juni: Briefing Wiederaufbau Ukraine, 10:00 bis 11:00 Uhr, online

Der Ost-Ausschuss organisiert am 1. Juni 2023 von 10:00 bis 11:00 Uhr (MEZ) ein Online-Briefing Wiederaufbau Ukraine. Wir möchten Sie zu den aktuellen Entwicklungen rund um das Thema Wiederaufbau informieren, insbesondere zum aktuellen Stand der Nationalen Koordinierungsplattform Wiederaufbau Ukraine und der Ukraine Recovery Conference in London vom 21.-22. Juni 2023..

Zudem freuen wir uns, die Kollegen von der European Business Association on Ukraine dabei zu haben, die über die Möglichkeiten der Zusammenarbeit und die Ergebnisse ihrer jüngsten Umfrage "Foreign Investors Pulse Survey" berichten werden.

Darüber hinaus stellen die International SOS GmbH ihr Travel Risk Management Program für Ukraine und die AMK Global GmbH und TESLA ENERGO Ihr Konzept für eine mögliche Struktur für die Finanzierung der ukrainischen Projekte vor.

Das Briefing wird von Stefan Kägebein, Regionaldirektor Osteuropa im Ost-Ausschuss, moderiert und findet ausschließlich in Englisch statt. Weitere Informationen zur Agenda und Anmeldung:

[Briefing Wiederaufbau Ukraine | online | Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft](#)

1. Juni: Business for Business - Umgang mit der aktuellen wirtschaftlichen Situation in Russland, 10:00 Uhr, online

Wir möchten Sie zu einer weiteren Ausgabe der Online-Veranstaltung via Teams zum Thema Umgang mit der aktuellen wirtschaftlichen Situation in Russland, Business for Business einladen. Die Veranstaltung findet statt am Donnerstag, den 1. Juni 2023, 10:00 Uhr (MESZ) via MS Teams.

Das Format richtet sich direkt an Unternehmen vor Ort und in Deutschland und soll vor allem dem Erfahrungsaustausch, dem praktischen Umgang mit der Situation dienen und für mehr Klarheit und Sicherheit sorgen. Die Referenten sind selbst Unternehmer und Geschäftsführer, so dass Sie Informationen aus erster Hand erhalten. Bei Interesse zur Teilnahme oder bei Fragen zur Veranstaltung wenden Sie sich bitte an Dr. Christiane Schuchart oder Jens Böhlmann. Anmeldeschluss ist Mittwoch, der 31. Mai 2023, 13:00 Uhr.

Kontakt
Dr. Christiane Schuchart
Regionaldirektorin Russland
T. +49 30 206167-123
C.Schuchart@oa-ev.de

Jens Böhlmann
Direktor Mittelstand / Grüne Transformation
T. +49 30 206167-127
J.Boehlmann@oa-ev.de

6. Juni 2023: Hybride Sitzung des Länderarbeitskreises Russland, 9:00 – 10:30 Uhr, Berlin

Am 6. Juni 2023 findet von 09:00 bis 10:30 Uhr die nächste Sitzung des Länderkreises Russland unter Leitung von Dr. Stephan Eder, Executive Vice President Europe & Germany bei STADA und neuer Länderkreissprecher Russland des Ost-Ausschusses, statt. Die Sitzung findet im Hybriden-Format in den Räumlichkeiten des Ost-Ausschusses statt. Bitte beachten Sie, dass die Zahl der Teilnehmer begrenzt ist und eine Teilnahme nur nach Bestätigung durch den Ost-Ausschuss möglich ist. Eine Online-Teilnahme ist auf jeden Fall möglich.

Das Angebot zur Teilnahme richtet sich grundsätzlich an Mitglieder des Ost-Ausschusses.

Sollten Sie Interesse an der Teilnahme haben, wenden Sie sich gerne an Dr. Christiane Schuchart, Regionaldirektorin Russland.

Kontakt
Dr. Christiane Schuchart
Regionaldirektorin Russland
T. +49 30 206167-123
c.schuchart@oa-ev.de

14. Juni: Jahresempfang des Ost-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft, Berlin

Am 14. Juni findet die diesjährige Jahresveranstaltung des Ost-Ausschusses statt. Der Tag beginnt mit Sitzungen von Vorstand und Präsidium. Um 15:30 Uhr sind alle Ost-Ausschuss-Mitgliedsunternehmen zur internen Jahresmitgliederversammlung eingeladen. Ab 18 Uhr findet der Jahresempfang für alle Mitglieder, befreundete Botschaften und Partner des Ost-Ausschusses statt. Als Gesprächspartnerin erwarten wir die Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz Dr. Franziska Brantner. Zudem stellt sich der neuzusammengestellte Ost-Ausschuss-Vorstand vor.

Die Teilnahme ist nur auf persönliche Einladung hin möglich.

Kontakt:
Andreas Metz
Leiter Public Affairs
A.Metz@oa-ev.de

26. - 30. Juni: Delegationsreise in die Republik Moldau – Chisinau

Vom 26. bis 30. Juni 2023 organisiert der Ost-Ausschuss in Kooperation mit der Deutsch-Rumänischen Industrie- und Handelskammer eine Delegationsreise von Unternehmen aus Rumänien und Deutschland nach Chisinau. Die Delegation ist der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Rumänien/Deutschland und der Republik Moldau gewidmet, mit dem Ziel, Kontakte und Partnerschaften zwischen verschiedenen Unternehmen zu

unterstützen. Das Programm der Delegation umfasst Unternehmensbesuche sowie B2B-Treffen mit lokalen Partnern.

Das Angebot zur Teilnahme richtet sich ausschließlich an Mitglieder des Ost-Ausschusses.

Wenn Sie Interesse an einer Teilnahme haben, melden Sie sich bitte bei Stefan Kägebein, Regionaldirektor Osteuropa: s.kaebebein@oa-ev.de

27. Juni: Hamburg Business Network – Risikomanagement in Osteuropa, Hamburg

Der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft lädt Sie in Kooperation mit der PricewaterhouseCoopers GmbH WPG herzlich ein zum

Hamburg Business Network – Risikomanagement in Osteuropa
am 27. Juni 2023 (14:00 – 16:30)
PricewaterhouseCoopers GmbH WPG, Alsterufer 1, 20354 Hamburg

unter der Leitung von Prof. Dr. Peer Witten, Mitglied des Präsidiums und Arbeitskreissprecher Logistik und Verkehrsinfrastruktur.

Größere wirtschaftliche Abhängigkeiten von China und Russland sind riskant. Dies wurde in der Corona-Zeit und angesichts des russischen Krieges gegen die Ukraine überdeutlich. Auf der Suche nach alternativen Beschaffungs- und Absatzmärkten gewinnen die osteuropäischen Länder vor unserer Haustür weiter an Bedeutung. Nearshoring und Friendshoring sind dazu die passenden Stichworte. Bereits 18 Prozent des deutschen Außenhandels entfallen auf diese Region und die Potenziale sind noch längst nicht ausgereizt. Doch wie sieht es mit den Risiken aus? Welche Instrumenten stehen zur Verfügung, um sie zu minimieren? Wie stabil sind die einzelnen Länder Osteuropas?

Das Business Network-Treffen bietet Ihnen Expertenimpulse zu diesen Themen und dient als Plattform für den aktiven Austausch unter den Mitgliedsunternehmen und Partnern in Hamburg und der Region.

Bei Rückfragen zur Teilnahme:

Petya Hristova

Leiterin Kontaktstelle Hamburg

Fachkräftesicherung

Gesundheitswirtschaft

Tel.: 030 206167-155

P.Hristova@oa-ev.de

9. Tipps & Links

Das Münchener ifo-Institut hat eine neue **Studie zu Sanktionswirkungen** vorgelegt. Dabei hat man sich die Wirkung von Sanktionen der USA und der Vereinten Nationen in den vergangenen Jahrzehnten angesehen. Demnach treffen Sanktionen gegen ein Land vor allem die ärmere Bevölkerung und verringern über längere Zeit deutlich die Wachstumsaussichten der Wirtschaft:

[EconPol Europe: Wirtschaftssanktionen erzeugen hohe Kosten vor allem für ärmere Bevölkerung in den Zielländern | Pressemitteilung | ifo Institut](#)

Deutschland ist bei einigen Metallen wie Nickel und Palladium weiterhin **abhängig von russischen Lieferungen**. Wie sehr, beschreibt dieser GTAI-Beitrag:

[Europa kann Metallimporte aus Russland noch nicht völlig ersetzen | Branchen | EU, Russland | Rohstoffe und Lieferketten \(gtai.de\)](#)

Wie die Lage auf dem Ölmarkt und die Abhängigkeiten Europas von Russland aussehen, beschreibt dieser GTAI-Beitrag:

[Europa verringert Abhängigkeit von russischem Öl | Branchen | EU, Russland | Rohstoffe und Lieferketten \(gtai.de\)](#)

Gabriel Felbermayr, Direktor des österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung, sieht die Wirkung der westlichen Sanktionen auf Russland im Gespräch mit der taz kritisch, misst Ihnen aber eine wichtiger konsolidierende Wirkung innerhalb der demokratischen Länder bei: *„Dass Sanktionen zu politischen Veränderungen in dem sanktionierten Land führen, halte ich für naiv. Putin dürfte die Kosten eines Angriffs auf die Ukraine und die Folgen einkalkuliert haben. Das heißt aber nicht, dass die Sanktionen deswegen falsch sind. Der Westen musste reagieren und Schlagkraft demonstrieren. Bei den Russlandsanktionen geht es nicht nur um Russland, sondern auch um ein geschlossenes Auftreten des Westens gegenüber China in der Taiwan-Frage. Die Führung in Peking schaut sehr genau darauf, ob es dem Westen gelingt durchzuhalten, auch wenn das Inflation und Lebensstandardverlust bedeutet. Dass die westliche Koalition zusammenhält, ist daher von hohem strategischem Wert.“* Hier das ganze Interview:

[Ökonom über Wirksamkeit von Sanktionen: „Der Westen musste reagieren“ - taz.de](#)

Wurde die Wirkung der **Sanktionen gegen Russland überschätzt**? Dieser Frage geht das **ifo-Institut** in einer Analyse verschiedener Wissenschaftler nach. Eine Folgerung lautet dabei: „Sanktionen brauchen viel Zeit, um die Wirtschaft eines Staates zu schwächen, insbesondere wenn andere Staaten sie nicht mittragen. Letztlich führt wirtschaftlicher Druck nicht unmittelbar zu einem Einlenken des sanktionierten Staates und kann über sehr lange Zeit von diesem unter erheblichen Einschränkungen der sozioökonomischen Lage ausgehalten werden. Als außenpolitisches Instrument können

Sanktionen daher nur als Teil einer komplexeren Strategie angesehen werden und nicht alleinstehend wirken.“

[sd-2023-05-petersen-et-al-sanktionen-russland.pdf](#)

Wichtige Informationen und Kontakte zu Sanktionen:

Alle bisherigen **EU- Sanktionspakete** in der Übersicht:

[Sanctions adopted following Russia's military aggression against Ukraine \(europa.eu\)](#)

Der **Sanktionstracker von Correctiv.org** aktualisiert tagesaktuell, welche individuellen Sanktionen gegen wen verhängt werden und beantworten die wichtigsten Fragen zum Thema.

[Sanktionstracker – Alle Sanktionen gegen Russland im Live-Überblick \(correctiv.org\)](#)

Die **Atlantic Council Database** beobachtet die aktuelle Entwicklung der Russland-Sanktionen in verschiedenen Ländern und stellt diese anschaulich gegenüber. Über 12.000 Einzelsanktionen gegen Russland sind hier aktuell verzeichnet und recherchierbar: [Russia Sanctions Database - Atlantic Council](#)

Der „**Food and Fertilizer Export Restrictions Tracker**“ verfolgt restriktive Maßnahmen für Lebensmittel und Düngemittel. Die Auswirkungen von Exportbeschränkungen auf der ganzen Welt werden als prozentualer Anteil der von Exportbeschränkungen betroffenen Kalorieneinfuhren der einzelnen Länder dargestellt. Der Tracker kann auch dazu verwendet werden, die aktuelle Situation mit der Lebensmittelpreiskrise 2007-2008 zu vergleichen.

[Food and Fertilizer Export Restrictions Tracker | Tool | Food Security Portal](#)

„**Kurzinformationen für Arbeitgeber**“ sind zu diesem Thema auch auf dem Portal „[Make it in Germany](#)“ unter dem Link [Gewinnung und Beschäftigung von russischen Fachkräften \(make-it-in-germany.com\)](#) abrufbar.

Euler- Hermes – Russland und Belarus – Infoseite:

[Russland - Ukraine - AGA-Portal \(agaportal.de\)](#)

Übersichtsseite des BAFA zu Russland-Sanktionen

[BAFA - Russland](#)

Sanktionsübersicht der deutschen Zollbehörde

Der deutsche Zoll hat auf seiner Internetseite konsolidierte Fassungen zu den europäischen Sanktionsverordnungen gegen Russland und Belarus eingestellt:

Russland:

[https://www.zoll.de/SharedDocs/Downloads/DE/Vorschriften/Aussenwirtschaft-Bargeldverkehr/vo_eu_833_2014.pdf?__blob=publicationFile&v=9\)](https://www.zoll.de/SharedDocs/Downloads/DE/Vorschriften/Aussenwirtschaft-Bargeldverkehr/vo_eu_833_2014.pdf?__blob=publicationFile&v=9)

Belarus:

[https://www.zoll.de/SharedDocs/Downloads/DE/Vorschriften/Aussenwirtschaft-Bargeldverkehr/vo_eg_765_2006.pdf?__blob=publicationFile&v=19\)](https://www.zoll.de/SharedDocs/Downloads/DE/Vorschriften/Aussenwirtschaft-Bargeldverkehr/vo_eg_765_2006.pdf?__blob=publicationFile&v=19)

GTAI-Sanktionsübersicht

Alle EU-Sanktionspakete in der Übersicht:

[Chronologische Übersicht über EU-Sanktionen gegenüber Russland | Zollbericht | EU | Krieg in der Ukraine \(gtai.de\)](#) GTAI-Überblick über die EU-Sanktionen im Finanzsektor: [Finanzsanktionen gegen Russland | Wirtschaftsumfeld | Russland | Sanktionen \(gtai.de\)](#)

AEB: Sanktionsübersicht

Eine Übersicht zur Sanktionsentwicklung in Russland, FAQ und Unterstützungsmöglichkeiten finden Sie auf dieser der Internetseite der Association of European Businesses AEB in Russland:

[News \(aeb.ru\)](https://www.aeb.ru/news)

AHK Belarus Krisenhotline

+375 44 775 00 74 (Telegram, Viber, WhatsApp)

Von Montag bis Sonntag von 07.00 bis 21.00 Uhr MEZ (08.00 – 22.00 Uhr Minsker Zeit) erreichbar.

Spendenaufruf der AHK/DIHK und des Ost-Ausschusses für die Ukraine

Gemeinsam mit einem großen Netzwerk ukrainischer Partner, mit welchem das DeutschUkrainische Forum seit Jahren Hilfspakete an Bedürftige in der ganzen Ukraine verteilt, können wir helfen. Wir bitten Sie dazu um Spenden auf das Ukraine-Spendenkonto der Johanniter:

Spendenkonto:

Johanniter-Unfall-Hilfe e.V.,

BIC: BFSWDE33XXX

IBAN: DE94 3702 0500 0433 0433 00

Bank für Sozialwirtschaft

Stichwort: SupportUkraine

[Website zum Spendenaufruf der Johanniter: Link](#)

+++ Mitgliedschaft im Ost-Ausschuss: Exklusive Zugänge zu Entscheidern und Informationen+++

Die Mitgliedschaft im Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft steht allen deutschen Unternehmen sowie ausländischen Unternehmen mit deutschen Töchtern offen. Als Mitglied profitieren Sie von unseren exklusiven Zugängen zu den Regierungen in **29 Partnerländern Mittel- und Osteuropas**. Sie können zwischen 13 Arbeitskreisen zu Ländern und Branchen und rund 150 Fachveranstaltungen im Jahr wählen und erhalten exklusive Informationspakete. Wir unterstützen Sie aktiv bei der Umsetzung Ihrer Projekte, bringen Ihre Fragen in bilateralen Regierungsarbeitsgruppen ein und nehmen Sie mit auf Delegationsreisen in unsere Region. Eine Mitgliedschaft ist günstiger als Sie vermuten und zahlt sich direkt aus. Werden Sie Teil eines starken Netzwerkes in der größten und ältesten Regionalinitiative der deutschen Wirtschaft! Weitere Informationen zu den Konditionen einer Mitgliedschaft finden Sie hier:

[Mitgliedschaft im Ost-Ausschuss | Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft](#)

Der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft vertritt die Interessen der deutschen Wirtschaft in 29 Ländern im östlichen Europa und Zentralasien. Er begleitet wichtige wirtschaftspolitische Entwicklungen in den bilateralen Beziehungen mit diesen Ländern und fördert Handel, Investitionen und Dienstleistungstransfers deutscher Unternehmen auf den Märkten der Region.

Haftungsausschluss:

Die Update-Inhalte werden mit größter Sorgfalt erstellt und stammen aus seriösen und öffentlich zugänglichen Quellen.

Für die Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität der Inhalte sowie für die im Update enthaltenen Links zu den externen Webseiten Dritter können wir jedoch keine Gewähr übernehmen. Das Update ist für interne Zwecke der Abonnenten und die Mitglieder des Ost-Ausschusses bestimmt. Eine Weiterleitung sollte nur nach Rücksprache mit uns erfolgen und geschieht in Eigenverantwortung.

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V.

Informieren ▪ Vernetzen ▪ Handeln



Andreas Metz
Leiter Public Affairs
T. +49 (0)30 206167-120
A.Metz@oa-ev.de
Breite Straße 29
10178 Berlin

www.ost-ausschuss.de
LinkedIn | Facebook | Twitter @OstAusschuss